

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6428  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beträge) 2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

## Inhalt:

Die Stellungnahme der Stadtgemeinden bei Arbeitskämpfen. — Streiks und Volkswirtschaft. (Schluß.) — Strahburger Lohnbewegung. „Christliches“ aus Baden. — Die zweite Baukonferenz in Mannheim. — Demokratie und Bürokratie in den Gewerkschaften. II. — Wasserbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. Mundschau. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Feuilleton: Die Angst vor dem Sozialismus in Amerika.

## Die Stellungnahme der Stadtgemeinden bei Arbeitskämpfen.

Die Stadtgemeinden haben es bislang ängstlich vermieden, eine prinzipielle Stellungnahme zu den verschiedenen Arbeitskämpfen einzunehmen. Weder die deutschen Städtetage noch die mannigfachen Provinzialnädeltage vermochten diesem heiklen Thema bislang Interesse abzugewinnen und man hüllte sich in Schweigen. Wohl aber haben einzelne Stadtgemeinden in Theorie und Praxis bewiesen, wessen man sich von ihnen zu verheben hat in diesen Dingen.

Wiederholt gelangten in den Stadtparlamenten Magistratsvorlagen zur Annahme, in denen die berühmte Streik Klausel enthalten war. Es wurde also der Lieferungsstermin oder der Termin zur Fertigstellung eines öffentlichen Baues um die Zeit kontraktlich verlängert, in der ein Ausstand oder gar eine Ausweitung der beteiligten Arbeiter eintreten sollte.

Diese tendenziöse Stellungnahme zugunsten der Unternehmer geschieht leider auch heute noch allzuoft und nur der fortgesetzte strikt sozialdemokratischer Gemeindevertreter ist es zu danken, daß hier und da die Streik Klausel verfallen ist.

Rechtlich betrachtet, ist es ein unerhörtes Zuwand, wenn Stadtverwaltungen, die doch das Wohl aller Bürger beachten sollen, gegenüber den ohnehin schwächeren Arbeitern in dieser Weise Partei ergreifen bei den Arbeitskämpfen.

Wichtig wäre, wenn die Stadtverwaltungen nicht nur auf strikteste Innehaltung des kontraktlichen Termins bestehen, sondern auch gegebenenfalls außer der Eintreibung etwaiger konventioneller Strafen die Arbeiten unverzüglich in eigene Regie übernehmen würden. Das ist denn auch in verschiedenen Fällen (namentlich in Süddeutschland) geschehen. Natürlich ging es dabei nicht ohne Zeter und Mordio der Unternehmer ab, die ihren dreimal geheiligten Profit in den Schornstein geschrieben sahen.

Aber das sind Ausnahmeerscheinungen gewesen. Im allgemeinen besteht die klar ausgeprägte Tendenz bei den Stadtverwaltungen, den kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen auf diese indirekte Weise. Dabei verschlägt es nicht viel, ob die Stadtverwaltung eine konservative, zentriertlich oder liberale Majorität besitzt.

Und das ist vom politischen Standpunkt eigentlich ungeheuerlich. Wenngleich man sich über nichts mehr wundern sollte, nachdem wir Jahr für Jahr die sonderbaren Praktiken „liberaler“ Stadtverwaltungen erleben mußten in bezug auf Einschränkung des Koalitionsrechts usw., bleibt doch ein Rest von verstärktem Widerspruch.

Im Reichstag und Landtag treten die Liberalen und besonders die Fortschrittlichen mit großer Emphase für freieste Betätigung des Koalitionsrechts ein, halten die Maßnahmen der Regierung zugunsten der Scharfmacher für ganz ungerechtfertigt, und gebärden sich mitunter recht radikal in ihren Forderungen für die Arbeiter.

Im eigenen Reich der Kommune aber, wo der „Fortschritt“ seit Jahrzehnten schon hätte zeigen können, wie man's besser macht, da versagt die liberale Geste und es bleibt oftmals der reaktionäre, scharfmacherische Unternehmerstandpunkt, wenn man von den Arbeitern ein wenig geknast wird. Die Fälle von Breslau, Kiel und anderen Orten sind zu frisch in der Erinnerung, als daß wir hier den ganzen Materialberg ausschütten müßten, der uns zur Verfügung steht.

Und die Dinge werden schlimmer statt besser! Wiederholt haben sich einzelne Stadtverwaltungen dazu hergegeben, als Streikbrecherlieferanten zu fungieren. Zu der indirekten Begünstigung des Unternehmertums gesellt sich also die direkte! Das ist alles, was sein kann. Erst in Nr. 40 der „Gewerkschaft“ berichteten wir über einen solchen Versuch bei den Gasenantsarbeitern in Köln, der, dank der einmütigen Solidarität unserer Kollegen, erfolgreich zurückgewiesen wurde. Auch in Schweinfurt wurden vier unserer Kollegen entlassen, weil sie keine Streikbrecherarbeit verrichten wollten. Der Fall ist nun zwar noch in der Schwebe, immerhin geht aus dem Magistratsbeschluss vom 18. Oktober d. J. (veröffentlicht „Gew.“, Nr. 41, Sp. 1107) unzweideutig hervor, daß man in dieser Mörperschaft sehr wenig Verständnis für die Arbeiter ehre zeigt. Denn es widerstrebt eines achtenswerten Arbeiters Empfinden aufs äußerste, sich als Streikbrecher gebrauchen zu lassen.

Wenn aber Rücksicht auf die Arbeiter den Stadtverwaltungen fremd sein sollte, so verbleibt immer noch die moralische Verpflichtung, in Arbeitskämpfen sich peinlichster Neutralität zu befleißigen.

Bedarf es in diesen Tagen, da Sinke und Konforten soviel von sich reden machen, noch der ausführlichen Schilder-



runge, aus was für unfauberen Elementen sich die „Arbeitswilligen“ in der Regel zusammensetzen?

**Saben Stadtverwaltungen ein Recht, die Unmoral zu stützen?**

Wir sind der Meinung, die Magistrate und Stadtverordneten müssen alles tun, um weit, recht weit abzurücken von den gewerksmäßigen wie gelegentlichen Streikbrechern. Denn im ersteren Falle ist es zumeist der Abichaum der Menschheit, im letzteren Falle sind es in der Regel Charakterchwache und in der Arbeit Minderwertige, die ihren Kameraden in den Rücken fallen.

Deshalb muß ein für allemal verlangt werden, daß die Stadtverwaltungen peinlich darauf bedacht sind, ihre Neutralität bei Arbeitskämpfen zu wahren, und im gebotenen Fall verbleibt immer noch die schon angedeutete Möglichkeit der eigenen Regie unter Verständigung mit der beteiligten Organisation, um die Fortführung notwendiger Arbeiten zu gewährleisten, wie dies wohl hier und da vorkommen kann.

Würden die Stadtbehörden ihren vielgerühmten sozialpolitischen Standpunkt wirklich konsequent in die Praxis umsetzen, so müßten sie bei allen größeren Kämpfen und namentlich bei Aussperrungen den ärmeren Familien Unterstützung gewähren, denn es kann einer Gemeinde nicht gleichgültig sein, ob infolge von Unterernährung usw. während der Kampfzeit die Kindersterblichkeit steigt, die Krankenziffer zunimmt und ein Teil der Bürger ins Elend gerät. Das Unternehmertum hat solche Schädigungen nicht aufzuweisen, selbst wenn es den Kampf verliert. Es läßt sich am eigenen Leibe nichts abgehen.

Die Arbeiter selbst sind ja erfreulicherweise in immer wachsendem Maße von der Notwendigkeit unbedingter Solidarität bei Arbeitskämpfen durchdrungen. Sie bringen schwere Opfer und trotz Einschüchterungen, Entlassungen und dergleichen werden der „Hausreißer“ immer weniger. Dieser große Opfermut ehrt den Arbeiter doppelt, und darum sollten die Stadtverwaltungen einsehen: sie vergeben sich ihren sozialpolitischen Auf ihre ganze vielgepriesene Sozialpolitik in keinen Pfifferling wert, wenn sie den Arbeiter zum Streikbruch nötigen — in des Wortes abschreckender Bedeutung.

Es gab ein Zeit, wo die sogenannten Streiktagenproletarier, die kaufmännischen Angestellten, Techniker usw. nur zu oft in die läbliche Rolle des provisorischen Streikbrechers gedrängt wurden. Dank der wachsenden Organisation dieser Angestellten und der damit verbundenen Aufklärung verbleibt auch dieser letzte Hausreißerwinkel nicht länger im Dunkeln. Wiederholt haben sich diese Kategorien energisch dagegen gewandt. Der Abscheu, den Arbeitern im Kampf in den Rücken zu fallen, wird immer allgemeiner.

Das Scharfmachertum fñhlt sich gegenwärtig wieder ganz gehörig obenau. Zunächst versuchte man, Stimmung zu machen mit den Polizeikrawallen in Moabit, dann mußte der französische Eisenbahnerstreik als Argumentation herhalten und neuerlich saugen sich „Lokalanzeiger“ und andere unbestechbare Blätter allerhand Weddingmärchen aus den unfauberen Fingern. Es ist also alles vorbereitet zu einer systematischen Hebe gegen die Arbeiterschaft, die in einer neuen „Zuchthausvorlage“ oder seinem ähnlichen Gesetzesmonstrum ihren Niederschlag finden soll.

Feinde rinasum! Das ist die gegenwärtige Signatur für die organisierte Arbeiterschaft. Von den Stadtverwaltungen könnte man in diesem Stadium wohl billigerweise eine besonnene Haltung, eine größere Neutralität bei Arbeitskämpfen erwarten.

Von den Arbeitern aber fordern wir, daß sie ihre Rechte aufs äußerste verteidigen, unerschrockener denn je ihre gerechte Sache vertreten und sich durch nichts einschüchtern oder provozieren lassen.

## Streiks und Volkswirtschaft.

(Schluß.)

Mathematisch betrachtet, hat der Einwand: durch Streiks werde der Produktion eine nicht entbehrliche Summe von Arbeitskraft entzogen, nicht die allergeringste Berechtigung. Man könnte einwenden: so mechanisch darf das Problem nicht aufgefaßt werden, mathematisch ist es nicht zu lösen. Streiks, wird man sagen, drängen die Unternehmungslust zurück und vermindern so die Summe der zu produzierenden Güter. Wenn das aber auch nicht der Fall wäre, resultiere immerhin eine Minderproduktion, weil man bei eintretenden Streiks die Ansprüche des Marktes während der kurzen Zeit dringender Nachfrage nicht befriedigen könne und dieser Verlust nicht einzuholen sei. Die Hinzufügung solchen Einwandes liegt auf der Hand. Ebensovienig wie die Summe der vorhandenen Arbeitskräfte, bestimmt das Konsumbedürfnis der Masse den Grad der Gütererzeugung. Sonst könnten ja keine Krisen mit Arbeitslosigkeit eintreten, obwohl die Bedürfnisse in bezug auf Wohnung, Ernährung, Bekleidung usw. bei weitem nicht befriedigt werden können. Wären die Streiks Folgen tatsächlicher Ueberproduktion, hätten sie nicht als Begleitererscheinung einen Konsum, dann könnten Streiks theoretisch die Produktion vermindern, aber praktisch wäre das immer noch nicht geschehen, weil ja die trotz der Streiks resultierende Arbeitskraft gar nicht ausgenutzt worden ist.

Die Summe der Produktion ist weder von der Arbeitskraft, noch von den Lebensbedürfnissen der Masse abhängig, sie regelt sich, richtiger, sie ist regellos nach kapitalistischen Gesetzen, ihr Ausmaß wird bestimmt von dem kapitalistischen Expansionsbedürfnis und seiner Befriedigungsmöglichkeit. Je mehr der Kapitalismus in seiner wilden Jagd nach Profit die Warenerzeugung zeitlich zusammendrängt, um so andauernder ist nachher die Krise; je intensiver und ertensiver er während der Hochkonjunktur die Arbeitskräfte anspannt, um so umfangreicher ist später die Arbeitslosigkeit. Unterbricht der Arbeiter die wilde Warenherstellung während einer Hausperiode, so tritt wohl eine zeitliche und örtliche Verschiebung in der Produktion ein, aber keine absolute Verminderung. Eine Menge Arbeit kann von einem Unternehmen auf das andere, von einem Ort auf den anderen übergehen, auch können eventuell Aufträge kürzere oder längere Zeit zurückgestellt werden, aber, und darauf kommt es hier an: in ihrer Totalität wird die Summe der produzierten Waren durch Streiks nicht vermindert. Die Nationalisten spielen dieser Tatsache gegenüber ihren stärksten Trumpf aus mit dem Hinweis auf die Schädigung des Nationalvermögens, indem dringende Aufträge infolge von Streiks im Ausland an des Ausland abgegeben werden müßten. Solcher Einwand hat augenscheinlich eine gewisse Berechtigung — aber nicht mit Bezug auf die Arbeiter. Wenn die nationalen Unternehmer, nur um dem inländischen Arbeiter die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu verwehren, im Ausland höhere Preise zahlen, dazu Transportkosten usw., dann mag das eine Schädigung des Nationalvermögens sein, aber sie belahet das Konto der Unternehmer. Daß der einheimischen Arbeiterschaft eine gewisse Summe bestimmter Arbeit verloren geht, braucht sie nicht tragisch zu nehmen. Es ist das die Folge von Verhältnissen, die ihr auch wieder Arbeit zuführen, die ohne sie im Auslande bliebe. Bei großen Kämpfen in England, Amerika, Frankreich usw. wandert Arbeit nach Deutschland und umgekehrt. Es tritt da ein ausgleichender Austausch ein. Rechnerisch zu erfassen, ob dabei ein Land etwas günstiger abschneidet als das andere, ist nicht möglich, dazu auch überflüssig. Nicht das ist das Wichtigste, ob der inländische Arbeiter im Jahre vielleicht eine halbe Stunde mehr hätte arbeiten können, sondern darauf kommt es an, daß die gesamte Arbeiterschaft dem gesamten Kapital Zugeländnisse abtrödt, die in gar keinem Verhältnis stehen zu dem Arbeitsverlust, den der eine haben könnte, der aber in jedem Falle ändern wieder zugute kommt.

Die Konsumkraft der Arbeiter wird durch die Kampferfolge gestärkt und das bedeutet auch eine Erweiterung der Produktion. Die Arbeiter haben diese durch erfolgreiche Streiks nicht eingeschränkt, sondern im Kampf gegen das Kapital sogar noch erweitert. Da bei der Produktion von Konsumgütern das Kapital Gewinn erzielt, sind Streiks in gewissem Sinne sogar Mehrer des „Nationalvermögens“.

Kann man, wie geschehen ist, konstatieren, daß Streiks im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise keine Produktionsvermindernng im Gefolge haben, nicht das Nationalvermögen schädigen, dann ist natürlich erst recht die Lebensart von der Schädigung des Volkvermögens hinsichtlich. Damit ist aber auch der Behauptung: „Streiks schmälern das Einkommen der Arbeiter, dreie erleiden Lohnausfall“, jede Grundlage entzogen. Ein Verlust kann nicht eintreten, weil die Summe der Produktion von den weltlichen Vätern in der Warenherstellung unabhängig ist. Höchstens kommt man vielleicht eine örtliche Verschiebung neben der zeitlichen konstatieren, indem infolge von Streiks in einer Stadt Arbeit in die andere wandert. Aber hierbei handelt es sich auch wiederum um Wechselwirkungen, die schließlich einen Ausgleich herbeiführen. Der einzelne Arbeiter konnte sich die Frage stellen, ob er nicht augenblicks eines mßigen, der nicht vom Streit betroffen wird, durch die Teilnahme an einem Kampf einen Ausfall erleidet. Von



diesem Gesichtspunkt aus kann man aber keine volkswirtschaftlichen Fragen beurteilen. Wenn man die Angelegenheit rein individuell auffassen und untersuchen wollte, müßte jeder Arbeiter sich auch die Frage beantworten, ob er nicht durch einen Streik und die damit verbundene Arbeitsruhe seine Gesundheit gekräftigt, sein Leben verlängert habe. Für die Gesamtheit der Arbeiter ist das auf jeden Fall ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Zeiten der Hochkonjunktur sind solche des unverzeihlichen Raubbaues an der Arbeitskraft, der wahnsinnigsten Verschwendung von Volksevermögen. In den Perioden der intensivsten Kräfteanspannung, der ruiniösen Überzeitarbeit wird bei tausenden Arbeitern der Atem zu Krankheiten und frühem Tod gelegt. Wenn das mörderische Spiel mit der Gesundheit, die unsinnige Kräftevergeudung durch einen Streik unterbrochen wird, dann kann das geradezu ein Segen für die Beteiligten sein.

Auf keinen Fall, und das ist das Entscheidende bei der Erörterung der hier aufgeworfenen Frage, resultiert aus der durch Streiks hervorgerufenen örtlichen und zeitlichen, sowie der möglicherweise einzelne Personen begünstigenden Verschiebung in der Produktion für die Gesamtarbeiterschaft irgendein Verlust. Dagegen haben die Streiks neben den angeführten gesundheitlichen noch andere Vorteile, die in ihrer Gesamtsumme rechnerisch gar nicht erfasst werden können. Die Vorteile gehen nämlich weit über die nominellen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen hinaus. Die Lohnerhöhungen steigern die Konsumkraft, die gesteigerte Konsumkraft befördert die Produktion, zunehmende Produktion ruft eine lebhaftere Nachfrage am Arbeitsmarkt hervor und größerer Begeh nach Arbeitskräften wirkt lohnsteigernd. So ist als Folge der durch Stämpfe erzielten Lohnerhöhungen auch eine günstige Lohnbeeinflussung am gesamten Arbeitsmarkt zu konstatieren. Und noch weitergehend ist die wirtschaftliche Wirkung des Streiks. Diese vermindern nicht, wie wir gesehen haben, die Summe der Produktion, aber sie beeinflussen sie zeitlich; sie verhindern, daß die Warenherstellung auf eine noch kürzere Zeitspanne zusammengedrängt wird, als das ohne die mechanische Arbeitsruhe der Fall sein würde. Dadurch wird selbstverständlich der Eintritt der Krise, der Produktionsabschwächung als Folge von Arbeitslosigkeit hinausgeschoben, die Periode der beschränkten Warenerzeugung wird verzögert und die Intensität der Produktionsstörung gemildert. Ganz naturgemäß ergeben sich auch hieraus wohltätige Folgen für das Lohnniveau. Der Andrang am Arbeitsmarkt kann nicht so scharf werden, als er sein würde, wenn das Tempo der Warenerzeugung während der von den Unternehmern mit allen Mitteln ungenügend forcierten Produktion nicht durch Streiks und Aussperrungen verlangsamt worden wäre. So wirkt selbst die von den Unternehmern im Kampfe gegen die Arbeiter beliebte Aussperrung in gewisser Hinsicht wohltätig für die Beschäftigten: Die Waffe der Unternehmer nützt der Arbeiterschaft! Die Produktionsunterbrechung verteilt die Warenerzeugung auf eine größere Periode, sie mildert die Arbeitslosigkeit als Krisenfolge, schwächt den Andrang am Arbeitsmarkt ab und wirkt daher auch dem Lohnrückgang entgegen.

Wollte man aus diesen Feststellungen nun aber schlussfolgern, Streiks seien auf alle Fälle vorteilhaft, so wäre das ein sehr großer Irrtum. Streiks, die mit unzulänglichen Mitteln und zur Unzeit unternommen werden und die gewöhnlich mit einem Siege der Unternehmer enden, sind natürlich für die Arbeiter schädlich. Sie drücken auf das Lohnniveau, hemmen den Aufstieg und ziehen dadurch auch in umgekehrter Wirkung wirtschaftliche Schäden nach sich, genau so, wie die für die Arbeiter siegreich verlaufenen Streiks Vorteile im Gefolge haben. Der Beginn eines Streiks kann nicht von moralischen Prämissen abhängig gemacht werden. Daß eine Forderung berechtigt ist, darf nicht allein bestimmend sein für die Anwendung der Streikwaffe; strategische Erwägungen müssen im allgemeinen den Ausschlag geben. Und das darf auch hier unumwunden ausgesprochen werden: kann in einem anderen Lande ist die Streikfrage so kompliziert, muß sie so vorsichtig erwogen werden, als in Deutschland.

### Straßburger Lohnbewegung.

In eine Lohnbewegung ist unsere hiesige Filiale eingetreten. Da die Arbeitsordnung selbst erst im letzten Jahre revidiert wurde, so erübrigte es sich, Änderungen zu derselben zu beantragen, ob schon manche Punkte vorhanden wären, die noch verbesserungsbedürftig sind. Dagegen hat der Lohnstarif eine Verbesserung dringend nötig, stammt er doch noch aus dem Jahre 1907, wurde 1908 in Kraft gesetzt und weist für die Arbeiter der Straßenreinigung, des Straßenunterhalts, der Dohlenreinigung sowie für die Tagelöhner der übrigen Betriebe noch Grundlöhne von je 2,20, 3,30, 3,40 und 3,50 M. auf; Löhne also, die heutzutage kaum zum langamen Fortkommen reichten. Dabei sind in diese niederen Lohnklassen die übergroße Mehrzahl der hiesigen Arbeiter eingereiht. Wohl gibt es Dienstalterszulagen. Dieselben betragen aber nach 10 Jahren in dreijährigen Zulageperioden nur 50 bzw. 70 Pf., so daß die Steigerung noch nicht einmal 10 Pf. pro Tag und Jahr beträgt

Für Fuhrleute, Mehrgeliffen 1. Klasse und Handwerker sind dann etwas höhere Grundlöhne festgesetzt, welche aber ebenfalls nicht ausreichen und, z. B. bei den Handwerkern, immer noch hinter denen der Privatindustrie stehen. Auch die dritte und vierte Dienstaltersklasse, die auf 1,20 bzw. 1,80 M. steigen, kranten an den dreijährigen Zulageperioden, so daß der Höchstlohn der dritten Zulageklasse erst nach 13, derjenige der vierten Klasse gar erst nach 16 Jahren erreicht wird. Dazu sind noch die Familienzulagen eingeführt; dieselben betragen 5 Proz. des Grundlohnes für Verheiratete und solche bis zu 3 Kindern, 10 Proz. mit 4 und 5 Kindern, 15 Proz. mit 6 und 7 Kindern und 20 Proz. mit mehr als 7 Kindern. Diese Zulagen wirken an sich gut, haben aber den Nachteil, daß sie für die Familienväter mit bis zu 5 Kindern, und das sind die übergroße Mehrzahl, zu niedrig sind. Und zu einer größeren Kinderzahl zu raten, damit größere Zuschläge erlangt werden, ist in unseren heutigen teuren Zeiten denn doch zu bedenklich.

So ist denn die Forderung einer zeitgemäßen Änderung des Lohnstarifs eine zwingende Notwendigkeit. Das kam auch in einer Reihe gutbesuchter Betriebsversammlungen sowie mehrerer Mitgliederversammlungen zum Ausdruck und wurde insoweit ein Antrag auf Änderung des Lohnstarifs an den Gemeinderat eingereicht, welcher auch die einmütige Billigung und Unterstützung einer stark besuchten öffentlichen Versammlung fand.

Die Anträge lauten:

#### I. Grundlöhne.

a) Straßenreiniger, Wärter der Bedürfnisanstalten, Anlagenwächter, Straßenarbeiter, Arbeiter im Wasserwerk und Schlachthof, Wärter, Nachtwächter und Mottenarbeiter im Hafen, Waldwegewärter und Nachtwächter im Schwimmbad: Grundlohn 3,80 M.

b) Straßenbesprenger, Hilfsfuhrleute, Fuhrmann und Hilfs-gärtner der Stadtgärtnerei, Mehrgeliffen 2. Klasse, Dohlenreinigungs- und Magazinarbeiter: Grundlohn 4,00 M.

c) Fuhrleute des Abfuhrwesens und der Dohlenreinigung, Vorarbeiter bei der Straßen- und Dohlenreinigung sowie dem Straßenunterhalt, Straßenwärter, Werftballen- und Mottenarbeiter im Hafen, Schlauchanleger, Hilfsmaschinenisten und Zuschläger beim Abfuhrwesen, Gärtner, Wassermesserkontrollenre und Mehrgeliffen 1. Klasse: Grundlohn 4,20 M.

d) Schlosser, Kaler, Wagner beim Abfuhrwesen, Maschinenisten und Heizer sämtlicher Betriebe, Kranführer und Bootsmaschinenisten im Hafen, Bühnenarbeiter und Garderobiers im Stadttheater: Grundlohn 4,60 M.

e) Schmiede im Abfuhrwesen, Vorarbeiter, Heizer, Be-leuchter, Requisiteur, 1. Garderobier im Stadttheater: Grundlohn 4,80 M.

f) Steinbauer, Pflasterer, Maurer und Maschinenisten der Dampfwalzen beim Straßenunterhalt, Kanalmaurer der Dohlenreinigung, Bootsführer im Hafen, Schmirbodenmeister und 1. Heizer im Stadttheater, 1. Heizer im Schwimmbad: Grundlohn 5,00 M.

#### II. Dienstalterszulagen.

1. Klasse: Zulage jährlich 10 Pf., steigend bis 1 M. Hierher zählen: Arbeiter des Abfuhr- und Straßenreinigungsbetriebes, des Straßenunterhalts, der Entwässerung, im Wasserwerk und Schlachthaus, Mottenarbeiter, Waldwegewärter.

2. Klasse: Zulage jährlich 10 Pf., steigend bis 1,20 M. Hierher zählen: Hilfs-gärtner, Straßenwärter, Unterklasse der Vorarbeiter und Mehrgeliffen, Zuschläger, Magazinarbeiter, Fuhrleute, Schlauchanleger, Hilfsfuhrleute, Wassermesserkontrollenre, Wächter in den Anlagen und im Hafen, Hafenwächter.

3. Klasse: Zulage jährlich 15 Pf., steigend bis 1,50 M. Hierher zählen: Gärtner, Oberklasse der Vorarbeiter und Mehrgeliffen, Unterklasse der Handwerker, Unterklasse der Maschinenisten und Heizer, Theaterarbeiter, 1. Garderobier.

4. Klasse: Zulage jährlich 15 Pf., steigend bis 1,80 M. Hierher zählen: Maschinenisten der Dampfwalzen, Bootsführer, Bootsführer, Kranführer, Oberklasse der Handwerker, Oberklasse der Maschinenisten und Heizer (auch im Schwimmbad und Stadttheater), Schmirbodenmeister.

Werden diese Sätze vom Gemeinderat angenommen, so ist wenigstens den dringendsten Bedürfnissen Rechnung getragen.

Für die städtischen Arbeiterinnen im Theater usw. wird demnächst eine Vorlage eingereicht werden.

Unsere Kollegen aber machen wir darauf aufmerksam, daß es nicht damit getan ist, daß man einmal eine Versammlung besucht, sondern nur durch Eintritt und Stärkung der Organisation kann laufend auf die Erreichung dieser Notwendigkeiten eingewirkt werden.



### „Christliches“ aus Baden.

Zu denjenigen, die über den badischen „Großblod“ und die „Großblodregierung“ wütend schimpfen, gehören auch unsere lieben „Brüder in Christo“. Und sie haben dazu auch ihre Ursachen, denn ihre Zelle bekunden besonders in Baden die unwiderstehliche Reigung, den Bach hinunterzuschwimmen, zum Leidwesen der betrübten christlichen Lehrgerber, die traurig am Ufer stehen.

Schon als Feindzeit die badische Regierung durch die Fabrikinspektion sich nach der Stellung der Gewerkschaften zu den Arbeiterkammern erkundigte, mußten die Christen erleben, daß die Regierung gegenüber ihren Anbiederungsversuchen taub blieb und anstatt sich auf den „christlichen“ Standpunkt zu stellen, der paritätische Arbeitskammern forderte, die von den freien Gewerkschaften vorgeschlagenen Arbeiterkammern als das Bessere anerkannte. Als später gelegentlich des von den „Christen“ provozierten Streiks in Badisch-Meinfeld, der mit einer fürchterlichen Plamage der Christen endete, der badische Fabrikinspektor, Oberregierungsrat Wittmann, notgedrungen die unglaubliche Lügenart des christlichen Führers Engel kennzeichnete, da schwuren die „Christen“ dem Fabrikinspektor sowie dem „Großblodminister, Geheßen Freiherr v. Bodman“, blutigste Rache.

Die Worte des Ministers, die Sozialdemokratie sei eine grobkärtige Bewegung zur Hebung des vierten Standes, veranlaßte kürzlich die Führer der „Christen“, in einer in Karlsruhe stattgehabten Konferenz „energisches Protest“ einzulegen, sinemalen sie befürchteten, daß ihre vom Autoritätsglauben erfüllten Schäre angehts dieser von so autoritärer Stelle verkündeten Wertschätzung der  $\ddot{u}$  „Sozzen“, um im christlichen Jargon zu reden, massenhaft aus der christlichen Hürde ausbrächen. Indessen dürften es nicht wohl die Minister Worte allein gewesen sein, die die Christen „in der Agitation heimmern“, sondern vornehmlich die eigene Schindluderpolitik, insbesondere aber die von Herrn Wolff in bengalischer Beleuchtung gezeigten Zustände im christlichen Verband der Staats-, Gemeinde-, Industrie-, Hilfs-, Transport- und der Teufel weiß, was sonst noch für Arbeiter.

Neuerdings hat nun die badische Regierung auf ihre Kosten eine Anzahl organisierter Arbeiter unter der Führung des Fabrikinspektors nach Pforzberg zur Bektaushellung geschickt und nun glücken die Christen, dem verhäßten „Großblodregierung“ eins auszuweisen zu können, indem sie behaupteten, die freien Gewerkschaften seien bezüglich der Teilnehmerzahl bevorzugt worden gegenüber den „Christen“, denen 4-5 Teilnehmer mehr zugestanden hätten. Diese im „Bad. Beobachter“ aufgestellte Behauptung widerlegt die Fabrikinspektion wie folgt:

Daß der Referent des „Badischen Beobachters“ sich hier im Irrtum befindet, läßt sich ziffernmäßig nachweisen. Zur Feststellung des Verhältnisses der drei in Frage kommenden Organisationen wurde das „Statistische Jahrbuch für das Großherzogtum Baden 1909“ herangezogen, das auf Seite 266, 267 angibt, daß im Lande organisiert waren: in freien Gewerkschaften (F) 55.517, in christlichen Gewerkschaften (C) 9958, in kirchlich-landwirtschaftlichen Gewerkschaften (H) 3451, im ganzen 71.956 Arbeiter (O). An der Reihe wurden beteiligt 68 organisierte Arbeiter (O). In welcher Stärke (f-c-h) hätte nun jede dieser Organisationen nach ihrer Mitgliederzahl vertreten sein müssen? Aus den drei Formeln

$$\frac{F}{O} = f, \quad \frac{C}{O} = c, \quad \frac{H}{O} = h$$

ergibt sich, daß nach dem numerischen Verhältnis zu beteiligen gewesen wären 55,20 freiorganisierte, 9,41 christlich organisierte und 3,30 in Gewerkschaften organisierte Arbeiter; beteiligt wurden tatsächlich 52-1 Arbeiter. Es waren also zu viel beteiligt 2,99 christlich organisierte Arbeiter und 0,70 Gewerkschaften auf Kosten von 3,29 freiorganisierten Arbeitern, die zu wenig einbezogen wurden.

Das ist wieder einmal ein greulicher Herceinfall, aber es wäre verfehlt, zu erwarten, daß die „Christen“ nun von ihrer Schwindelpraxis abkommen würden. Das Wort des seligen Dr. Sigl, der ja seine Leute kannte, „Sie lügen wie der Teufel und schwindeln aus Keinzug“, wird auch in Baden seine Gültigkeit behalten. Den Christen kann Schwindel nachweisen, hat dieselbe Wirkung, wie wenn man einen Teufel ins Horn pfeift“, wie der Süddeutsche sagt, nämlich „nar keine“. Als dem christlichen Sekretär Treumel kürzlich in einer Schöffengerichtsverhandlung in Ludwigsbad sein amtliches Verhalten als Fabrikinspektor vorgehalten wurde, daß er im Jahresbericht seines Verbandes für 1909 berichtet hatte, es seien in Mannheim den landwirtschaftlichen Arbeiter „ausgesprochenen“ herabgesetzt worden, während sie in Wirklichkeit keinen

Vfennig erhalten hatten, da erklärte er, der christliche Sekretär Krautenberg habe ihm das so berichtet; und er habe es in gutem Glauben aufgenommen.

Also ein „christlicher“ Sekretär berichtet seinem Hauptverband über eine „Lohnbewegung“, die gar nicht stattgefunden hat, an der er also, von der faktischen Bedeutungslosigkeit seiner Organisation in den fraglichen Betrieben ganz abgesehen, auch gar nicht teilgenommen haben konnte und saugt sich dabei die angegebenen „Erfolge“ glatt aus den Fingern. Wenn in dem christlichen Jahresbericht für 1908 weiter gesagt ist, die „Erfolge“ (siehe Mannheim) seien überall da größer gewesen, wo die „Christen“ allein vorgegangen seien ohne die „Freien“, so weiß man, was davon zu halten ist, wenn man die „Wahrheitsliebe“ der „Christen“ in Betracht zieht. Auch in Baden wird der „beulunge schwindel“ weiter angewendet werden, denn es gibt ja auch hier noch ziemlich viele jener wenig wünschenswerten Mitbürger, die nie alle werden. R. H.

### Die zweite Gaukonferenz in Mannheim.

Am Sonntag, den 23. Oktober, tagte im Mannheimer Gewerkschaftshaus die zweite Gaukonferenz unseres Verbandes. Von 13 Filialen waren 2 Delegierte anwesend, vom Hauptverband Kollege Mohs-Berlin.

Gaulleiter Deckmann eröffnete um 10 Uhr morgens die Konferenz, begrüßte die Delegierten und sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zum Nutzen des Verbandes verlaufen möchten. Die Konferenzleitung wurde folgenden Kollegen übertragen: Stark-Mannheim und Marcher-Karlsruhe Vorsitzende, Seizinger-Mannheim und Burgin-Karlsruhe Schriftführer.

Kollege Stark übernahm sodann den Vorsitz. Auf der Tagesordnung standen: 1. Bericht des Gaulleiters, 2. Agitation. Zum ersten Punkt referierte Kollege Deckmann. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im Gau gewachsen ist. In verschiedenen Städten seien auch Lohnverbesserungen erzielt, z. B. in Durlach (2 Pf.), Ettlingen (1 Pf.), Heidelberg (2 Pf.), Darmstadt (1 Pf.) und Landau (1-3 Pf. pro Stunde). Außerdem wurden in verschiedenen Orten die Arbeitsordnungen verbessert. In Kaiserlautern, Ludwigshafen, Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Darmstadt und Domburg sind die Lohnbewegungen noch nicht abgeschlossen. Medner bemerkt, daß er sein Augenmerk auf die kleineren Filialen richten müsse, weil diese noch in den Kinderjahren stecken; deshalb sei es notwendig, daß die größeren Filialen selbständiger werden wie bisher. Besonders sei eine richtige Führung der Filialen erforderlich, da sonst die Organisation Not leide.

In der Diskussion wurden die Verhältnisse der einzelnen Orte geschildert. Sämtliche Medner waren mit der Tätigkeit des Gaulleiters zufrieden.

Die Nachmittagsübung wurde von dem Kollegen Marcher geleitet. Gaulleiter Deckmann stellte in seinem Schlusswort einige Ausführungen der Diskussionsordnung richtig und wünscht, daß die Kollegen zu Hause wieder mit allen Kräfte an die Arbeit gehen. Hauptsächlich in Karlsruhe müßten die Zustände gebessert werden. Gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen dürfe die Agitation nicht erlahmen, wenn wir auch im nächsten Jahre Fortschritte konstatieren wollen. Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die heute im „Gewerkschaftshaus“ tagende, von 2 Delegierten besuchte Gaukonferenz spricht dem Gaulleiter Deckmann für seine in jeder Weise befriedigende Tätigkeit die volle Anerkennung aus. Sie verspricht ferner, in den einzelnen Filialen eine rege Tätigkeit zu entwickeln, zum Nutzen der Organisation und der Allgemeinheit.

Sodann wurde der zweite Punkt: „Agitation“ behandelt. Gaulleiter Deckmann legte in längeren Ausführungen klar, wie die Agitation betrieben werden müsse. Es sei vor allem notwendig, daß in allen Filialen Vertrauensmänner eingesetzt werden, wie z. B. in Mannheim. Auch müsse das Verbandsorgan, die „Gewerkschaft“, mehr in Anspruch genommen werden, um dadurch die Mitglieder mehr an die Organisation zu gewöhnen. Der Medner bemerkt ferner, daß er infolge der Größe des Gaus nicht mehr imstande sei, die Arbeit zu bewältigen, er müsse auf irgend eine Art entlastet werden. Kollege Mohs könne vielleicht Aufschluß geben, wie sich der Hauptvorstand zu dieser Frage stellt. In der letzten Zeit sei es häufig vorgekommen, daß er an einem Tage an verschiedenen Orten hätte sein sollen. Wenn man in einem Monat 20 bis 25 Versammlungen abhalten müsse, so sei es leicht denkbar, daß dies auf die Dauer die Gesundheit schädige. Es sei deshalb notwendig, daß diese Frage behandelt werde.

In der Diskussion wurde eine lebhafteste Debatte geführt, die sich den Ausführungen des Gaulleiters in der Hauptsache angeschlossen. Sämtliche Medner waren der Ansicht, daß eine Disziplin notwendig sei, daß diese aber auf Kosten der Hauptlast angelegt werden müsse. Mohs-Berlin will gleichfalls mehr agitatorische Tätigkeiten entfalten wissen, jedoch dürfe man dabei nicht untätig



und mit Festigkeit vorgehen; mit aufklärenden Worten erreiche man mehr. Das Vertrauensmännersystem halte er für gut, es müssen aber die richtigen Personen gefunden werden. Die Notwendigkeit einer Hilfskraft gibt Moß zu. Er schlägt jedoch vor, einen Ortsbeamten für Mannheim anzustellen. Andere Filialen, die so groß sind wie Mannheim, haben ebenfalls Ortsbeamte. Es sei unmöglich, daß die Kosten die Hauptlast trage, diese müßte vielmehr die Filiale Mannheim durch Votalszuschläge aufbringen, wie das anderwärts auch geschehe. Mit der Zeit würden sich wohl auch die Mannheimer Kollegen zu diesem Standpunkt emporschwingen.

Die Mannheimer Delegierten erklärten daraufhin, daß man noch einige Zeit ohne Hilfskraft auskommen müsse, da die Zeit nicht günstig sei. In seinem Schlusswort gibt Kollege Hedmann zu, daß allerdings die Zeit nicht günstig sei, einen Ortsbeamten anzustellen, man müsse aber einmal darüber reden, was man zu tun gedenke. Der Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß wenn alle ihre Pflicht tun, auch Fortschritte gemacht werden. Mit einem Hoch auf den Verband schloß Kollege Harder um 5 Uhr nachmittags die Konferenz.

## Demokratie und Bürokratie in den Gewerkschaften.

### II.

In vielen Organisationen werden die Mitgliedsbücher auf Grund der in den Verwaltungsstellen ausgefüllten Aufnahmscheine in der Zentrale ausgestellt und registriert. Vielfach finden wir auch, daß die Zentrale die namentlichen Berechnungen, das heißt die Leistungen für jedes einzelne Mitglied und seine Beitragszahlungen auf die Evidenzbogen, die für jedes einzelne Mitglied besorgen, überträgt, wiederum Arbeiten, die je nach der Größe des Mitgliederstandes einen oder mehrere Beamte regelmäßig erfordern. In diese Evidenzbogen werden dann alle Angaben, die auf das Mitglied Bezug haben, eingetragen, so der Wechsel der Verwaltungsstelle, der er angehört, die bezogenen Unterstellungen nach ihrer Art und nach ihrer Höhe, die Tatsache der Aussteuerung, des Beginnes einer neuen Unterstellungsbestätigung, Teilnahme an Lohnbewegungen und alle sonstigen die Organisation interessierenden Verhältnisse dieses Mitgliedes. Vielfach werden diese Evidenzbogen nicht nur in den Zentralen, sondern auch in den einzelnen Verwaltungsstellen geführt, also für jedes Mitglied doppelt, so daß auch in den einzelnen Verwaltungsstellen für diese Tätigkeit besondere Beamte notwendig sind. Die Aufrechterhaltung der Karten für die ausgeschiedenen Mitglieder lohnt sich auch. Vielfach kehren ausgeschiedene Mitglieder wieder in die Organisation zurück, so daß die Feststellung für die dem Verband früher angehörnden Arbeiter mit dem Austritte nicht an Wert verlieren. Die Ordnung aller Evidenzkarten kann alphabetisch, nach Orten, nach Berufsgruppen, nach den laufenden Nummern geschehen, immer muß aber das Prinzip sein, daß jede Karte sofort zur Verfügung steht. Das geschieht vielfach dadurch, daß man neben den verschiedenen Methoden der Aufbewahrung eine zweite Zettelregistratur in Ordnung hält, die nur den Namen des Mitgliedes und den Hinweis enthält, wo man die eigentliche Karte mit allen Angaben für das Mitglied sofort finden kann. So wichtig die Registratur der Mitglieder ist, so bildet sie nur einen kleinen Teil der gesamten Registratur, alles, was sich auf die einzelnen Verwaltungsstellen, Zahlstellen, Gaststellen usw. bezieht, soll in genauer Ordnung gehalten werden. Weiter ist von großer Wichtigkeit für die einzelnen Branchen, Orte, ja auch für die einzelnen Betriebe alles, was mit der Organisation in irgendwelche Beziehung zu bringen ist, gesondert festzubalten und genau zu ordnen. Bei der nun immer üblicher werdenden Arbeit mit der Schreibmaschine ist es leicht möglich, von jedem Schriftstück, das ausgeht, mit einem fast gar nicht bemerkbaren Zeitaufwand mehrere Kopien zu machen, die man dann in alle in Betracht kommenden Registraturabteilungen verteilen kann. So kann das gleiche Schriftstück in vier oder fünf Mappen liegen, so daß jeder, der eine Mappe zur Hand nimmt, alles darin finden kann, was irgendwie in Betracht kommen kann. Ordnet man noch das Material zeitlich genau oder macht man besondere Mappen für jedes Jahr, so ergibt sich eine große Uebersichtlichkeit, ohne daß man mit Dingen zu tun hat, die zwar geschäftlichen Wert für die Organisation haben, aber für die praktische Arbeit nicht oder nur ausnahmsweise in Betracht kommen. Dem Beamten der Organisation, der telegraphisch zur Verlegung eines Montages berufen wird, dessen ReiseDispositionen oft geändert werden müssen, wenn er fern vom Orte des Verbandes weilt, kann durch die Aufsendung der Mappen eine große Erleichterung der Verhandlungen, eine oft nicht hoch genug zu schätzende Information geschaffen werden über Personlichkeiten, über Organisationsverhältnisse, über frühere Vorgänge, über Schwierigkeiten mannig-

facher Art. Auch für die Agitation und für die Schlichtung von Streitfällen unter den Mitgliedern hat eine gute Registratur vielen Vorteil. Die Technik des Registrierenswesens ist heute so ausgebildet, die mannigfachsten Methoden können angewandt werden, es gibt so billige Einrichtungen für diese Zwecke, daß jede Organisation eine Unterlassung begeht, die mit ihrer Entwicklung immer jählbarer wird, wenn sie der Registrierungsarbeit nicht große Aufmerksamkeit und Genauigkeit schenkt. Freilich hat nur dort die Registratur Zweck, nur dort werden ihre Kosten wirklich reichlich aufzuwiegen, wo sie auch tatsächlich bemüht wird.

Eine wertvolle Registrierungsarbeit, die eine wichtige Kontrolle der ganzen Verwaltung bildet, ist die Einzeichnung des gesamten Einlaufes. Jeder Brief, jedes Schriftstück, das einkommt, soll in einer gut geordneten Verwaltung verzeichnet werden, der Beamte, der die Schriftstücke verteilt, macht in der Regel eine Bemerkung, oft nur ein Zeichen, aus dem hervorgeht, welcher Beamte die weitere Erledigung übertragen erhält. Auch können Bemerkungen über die Erledigung des Schriftstückes wie über den Tag der Beantwortung, über die Nummer, unter der die Beantwortung erfolgt ist, in das Einlaufregister eingetragen werden.

Während ein Teil des Einlaufes sofort von einzelnen Beamten erledigt werden kann, werden andere Gegenstände der Entscheidung des Vorstandes, der oft ein engerer oder ein weiterer ist, vorbehalten. Die Entscheidungen des Vorstandes müssen protokolliert werden, sie sollen in Abschriften in diejenigen Mappen eingefügt werden, deren Gegenstand mit den Beschlüssen des Vorstandes zusammenhängt. Das gleiche gilt auch für die Kopien der Briefe, die von dem Vorstand ausgesandt werden, wenn er nicht am Orte der Verbandsleitung weilt.

Besondere Beamte, in der Regel die Vorstandsmitglieder selbst, beschäftigen sich mit allen die Streiks betreffenden Angelegenheiten, andere Beamte haben das Unterstützungswesen zu kontrollieren und hierüber zu korrespondieren, weitere haben mit Kasse und Buchhaltung und mit der Statistik zu tun usw. Es gibt auch schon Gewerkschaften, die besondere Abteilungen für die Rechtsangelegenheiten besitzen, wieder andere, die das Bibliotheks- und Bildungswesen, die die Agitation in eigenen Abteilungen erledigen; denn gibt es auch hier und da Beamte, die für besondere Industriegruppen ihre Tätigkeit zu entfalten haben. Die Einrichtung des Arbeitsnachweises erfordert gleichfalls häufig eigene Beamte, so daß man hieraus schon erkennt, welche große Beamtenkörper bei den Organisationen notwendig sind, deren Mitglieder bei uns nach Zehntausenden, in Deutschland nach Hunderttausenden zählen. Nun ist es selbstverständlich, daß ein derartig großer Beamtenkörper von einem einzelnen Manne, so vom Vorsitzenden der Organisation, der häufig vom Orte der Verwaltung abwesend ist, nicht stets übersehen und nicht vollkommen kontrolliert werden kann. Es ergibt sich hieraus das Bedürfnis, eine Teilung des Beamtenkörpers nach Gruppen herbeizuführen und über jede dieser Gruppen einen verantwortlichen Beamten einzusetzen, der die Einteilung der Arbeiten übernimmt, ihre Ausführung überprüft, der die Erledigung feststellt. Das sind Voraussetzungen für das geschäftliche Arbeiten jedes großen Beamtenkörpers. Es muß aber freilich immer dafür gesorgt sein, daß die ganze Initiative Leitung und oberste Kontrolle in den Personen zusammenfließt, die von den Generalversammlungen mit der Leitung der Organisation beauftragt wurden und die sich durch ihre ganze Stellung und Tätigkeit in ununterbrochener Fühlung mit der gesamten Mitgliedschaft befinden. Die Bürokratie ist eine Notwendigkeit, sie darf aber nicht zu einem Widerspruch gegen das Prinzip der Demokratie in den Gewerkschaften werden. (Schluß folgt.)

### Wallerbauarbeiter

**Rilsbosen.** Gauleiter Sebald-München hatte für Sonntag nachmittag im Gasthaus zum weißen Sabn eine Wallerbauarbeiterversammlung einberufen. Darauf wurden von den „Christlichen“ alle Debel in Bewegung gesetzt, um die Versammlung unmöglich zu machen. Die „Christlichen“ versammelten sich in der Baumenerischen Brauerei, und zwar vormittags. Man hatte den kleinen Kooperator Schmidbauer dazu herbeigeholt. In der „Christlichen“ Versammlung ging dann die Debe gegen die vermaledeiten Hezen los. Mit strupelosen Verächtigungen sparte man nicht, und zum Schluß wurde die Karole ausgegeben, nicht ein Mann der Christlichen dürfe in die Radmittagsversammlung. Weil aber die „Christlichen“ die Reuherde doch so sehr drückte, kamen sie doch in diese Versammlung, aber mit dem Vorbehalt, nur zu hören, was da alles gesprochen wurde. Al. aber Gauleiter Sebald darlegte, wie es bei den „Christlichen“ zugeht und bei den „Nolen“, und wie es



mit den wirklichen Errungenschaften jeder der beiden Organisationen steht, da machen die „Christlichen“ die Augen immer weiter auf, da rücken sie immer näher, und als die Versammlung beendet war, da hatte bereits ein großer Teil der „Christlichen“ seinen Beitritt zur freien Organisation erklärt. Der „christliche“ Vorstand meinte selbst, daß auf diese Weise die „christliche“ Organisation aufhören muß, zu existieren. Ist das nicht bedauerlich?

**Aus den Klubbezirken Aleriffen.** Wie oft kann man hören, daß hier oder dort einmal mit zweierlei Maß gemessen wird. Meistens tritt das stark in den Vordergrund, wenn es sich um die Arbeiter und um die Beamten dreht. Dies wird gewöhnlich auch von den unteren Vorgesetzten, von jenen, die den Schwanz des Beamtenkörpers bilden, gegenüber den Arbeitern eingehalten. Die Arbeiter sind meistens diejenigen, die mit doppeltem Nutzen geschlagen werden. Diesmal ist es der Flussmeister Neßch in Aleriffen, der gegenüber seinen Arbeitern nicht nur mit zweierlei Maß mißt, sondern sogar in zweierlei Art sein Unwesen treibt. Dapert es doch schon bei der Einstellung von Arbeitern. Mehr Italiener als Deutsche sind in diesem Bezirk beschäftigt. Auch müssen die einheimischen Arbeiter zurückweichen. Das heißt: Einheimische Arbeiter werden bei Nachfrage um Arbeit angewiesen, italienische Arbeiter dagegen eingestellt. Ähnlich steht es mit der Bezahlung: Einheimische Arbeiter erhalten einen Tagelohn von 3,20 Mk., höchstensfalls aber 3,40 Mk., während die italienischen Arbeiter einen Stundenlohn von 45 Pf. bezahlt erhalten. Genau dasselbe trifft bei den jugendlichen Arbeitern zu. Deutsche Arbeiter über 16 Jahre empfindlich bis zum 18. Lebensjahre erhalten einen Tagelohn von 2,50 Mk., während die italienischen im gleichen Alter einen Stundenlohn von 40 Pf. beziehen. In all diesem Unheil gefüllt sich noch ein weiteres. Die italienischen Arbeiter haben den ganzen Oktober noch ihre zehn Stunden gearbeitet. Und da die italienischen Arbeitern ein deutscher Arbeiter als Schiffer beigegeben ist, mußte auch dieser mit dem Schiff bewanderte Arbeiter 10 Stunden täglich fronden. Nun ist aber auf Grund der von der Regierung erlassenen Arbeitsordnung während dieser Zeit eine neunstündige Arbeitszeit festgelegt. Jeder denkende Mensch wird nun glauben, daß dieser Arbeiter, der übrigens gegenüber den italienischen Arbeitern im Verdienst weit zurücksteht, in Wirklichkeit aber die gefährlichste Arbeit zu verrichten hat, wenigstens diese Stunde, bezahlt erhält. Doch der Herr Flussmeister ist anderer Ansicht. Er hat dem Arbeiter auf seine Reklamation hin statt einer Bezahlung der Stunde eine Abweisung in gerade nicht freundlicher Weise zuteil werden lassen. Vielleicht nimmt sich hier das Bauamt Dillingen der Sache an, um den Arbeitern wenigstens ihren verdienten Lohn zu sichern. Auch ist der Herr Flussmeister nicht besonders gut auf die Organisation zu sprechen. Wenn man sein Herrschertum, wie es in obigen Zeilen schon genügend dargestellt ist, betrachtet, nimmt dies niemanden wunder, wenn sich Herr Neßch mit Händen und Füßen wehrt. Er weiß wohl sehr gut, wenn sich die Arbeiter im freien Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisieren, daß dann auch die einheimischen Arbeiter etwas besser aufgestellt werden und sich die Behandlung nicht weiter mehr gefallen lassen. Darum hat Herr Neßch in seiner Art als Flussmeister auch alles verjuckt, die ihm unterstellten Arbeiter von der für die Wasserbauarbeiter am 30. Oktober tagenden Versammlung abzuhalten. Neßch sah es wohl selbst ein, daß bei der heutigen Zeit die Löhne der einheimischen

Arbeiter viel zu niedrig sind. Er versprach nämlich, daß die Arbeiter auch ohne Organisation eine Lohnerhöhung erzielen werden. Sie (die Arbeiter) sollten diese Versammlung nicht besuchen und deshalb auch diesem Verband nicht beitreten. Bisher waren ja derartige Sprüche von Neßch nicht ernst zu nehmen. Wir werden es aber nicht versäumen, Herrn Neßch Gelegenheit zu geben, sein Versprechen einzulösen. Nicht unerwähnt soll bei dieser Gelegenheit die Behandlung bleiben. Und wieder sind es jene Arbeiter oder Vorarbeiter, die der Organisation angehören, welche unter der schlechten Behandlung zu leiden haben. Man will diese Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation eben hinaussetzen, weil man keine direkte Handhabe zur Entlassung hat. Wir werden ja sehen, ob der Flussmeister auf diese Zeilen hin gegenüber seinen organisierten Arbeitern eine bessere Behandlung eintreten läßt oder ob wir uns weiter und an höherer Stelle damit noch zu beschäftigen haben.

### • Notizen für Gasarbeiter •

**Wohnstände in den Berliner Revierinspektionen.** Schon in Nr. 42 der „Gewerkschaft“ hatten wir einen besonders krassen Fall behandelt und um Abhilfe ersucht. Anzuerkennen ist, daß wenigstens in einigen Punkten bereits Abhilfe erfolgte. Immerhin ist es aber wünschenswert, wenn sich die Verwaltung über die Verhältnisse in den übrigen Revieren informieren möchte. Da sind zunächst die Aufenthaltsräume, die fast überall als ungenügend bezeichnet werden müssen. Diese Räume werden vielfach noch verkleinert, indem Werkzeugschuppen usw. darin placiert werden. Wenn man weiter berücksichtigt, daß in solchen engen Räumen 25 bis 30 und noch mehr Arbeiter zusammengedrängt werden, so ist dadurch direkt ein Herd für ansteckende Krankheiten geschaffen. Bedenkt man weiter, wo die Arbeiter überall hinkommen, sehr leicht also Krankheiten und Ungeziefer mitnehmen, und dann ferner die schmutzige Arbeit, so müßte vor allen Gelegenheiten vorhanden sein, sich auch genügend reinigen zu können. Aber die vorhandenen Waschgelegenheiten sind gleichfalls ungenügend. In manchen Revieren ist tatsächlich nur die Wasserleitung da. Bei so viel Arbeitern müßten mehrere sich zu gleicher Zeit waschen können. Zu einzelnen Revieren haben zwei Arbeiter ein Handtuch, in den meisten aber vier bis fünf Arbeiter nur ein. Aus hygienischen Gründen ist es anzubringen, jedem ein Handtuch zu verabfolgen. Auch die Spülgelegenheiten müßten vermehrt werden, so mancher Inspektor hält es eben nicht für notwendig; ebenso fehlen Kleiderbänke. In Kleiderständern hat sich die Verwaltung noch nicht aufschwingen können. Aus den schon angeführten Gründen leidet sich ein großer Teil um, die Sachen hängen dann offen da und können sehr leicht entwendet werden. Spinden wie im dritten Revier können doch für alle Reviere angeschafft werden. Dieses Revier könnte man in manchen Dingen als Muster für alle Inspektionen empfehlen. In die meisten Aufenthaltsräume werden noch die abgenommenen Gasmesser hineingestellt, da die Räume für diese sehr klein oder überhaupt keine vorhanden sind. Zu den Umzugszeiten ist es direkt ungenügend; dann ist in dem Aufenthaltsraum ein Geruch, nicht zum Aushalten. Und in wie vielen Revieren bleiben Arbeiter über Mittag im Revier, weil sie einen zu weiten Weg haben, und

## Die Angst vor dem Sozialismus in Amerika.

Wohl hat der Sozialismus in Amerika noch nicht den Einfluß auf das öffentliche Leben erlangt wie in Deutschland oder anderen europäischen Ländern, aber schon ist er zum drohenden Faktor geworden. Der Sozialismus der Amerikaner ist nicht das reine, gekläuerte sozialistische Evangelium, er ist noch mit viel Schlacken umgeben, die nach und nach beseitigt werden müssen. Weil nun die sozialistische Sache in Amerika innere Evolutionen durchmacht, gelähmtermaßen mit sich selbst noch nicht fertig ist, ist er mit wenigen Ausnahmen bisher einflusslos auf die Politik gewesen. Daß aber endlich die reine, sieghafte Idee des Sozialismus auch in Amerika sich Bahn brechen wird, ist eine naturgemäße Voraussetzung, eine feststehende Tatsache. Tiefer denkende Politiker sehen das auch voraus, besonders leitende Staatsmänner, und warnen vor dem Sozialismus. So erklärte Präsident Taft in einer Rede in Jackson, Michigan, am 4. Juni d. J.: Der Sozialismus sei das große Problem, mit dem sich das amerikanische Volk nähstens zu beschäftigen habe. Man solle jedoch die Lösung des sozialistischen Problems ruhig der republikanischen Partei überlassen, dieselbe habe durch ihre Geschichte bewiesen, daß sie derartige große Probleme tatkräftig und vernünftig zu lösen wisse.

Das vorher sprach er in Ada ebenfalls über den Sozialismus. Er führte folgendes aus: Auch in Amerika gewinnt die soziale Frage immer mehr Bedeutung. Und die Gesetzgebung trage dem Rechnung und schaffe soziale Gesetze. Wenn es mandamental auch einen Rückschlag gebe, im allgemeinen glüge es aber vorwärts. Die Beseitigung des Privateigentums sei nicht vorteilhaft, vielmehr sei das Privateigentum der Impuls zu fortschrittlicher Entwicklung. Es sei nicht zu leugnen, daß die Entwicklung des modernen In-

dustrialismus, die monopolistische Tendenz, die Zentralisierung des Kapitals zu Wohnständen geführt habe. Diese Wohnstände könnten und würden beseitigt werden. Es sei nötig, die Benutzung von Privateigentum zu regulieren und zu beschränken, aber es ganz abzuschaffen, wie die Sozialisten es wollten, sei verfehlt. An Stelle des persönlichen Interesses die interessierte Selbstlosigkeit zu setzen könne nur mit einem Fehlschlag enden. An Stelle eines von selbst arbeitenden Systems werde die Tyrannei von Regierungskolonneen treten.

Präsident Tafts Warnung vor dem Sozialismus ist nicht ohne eine tiefere Bedeutung. Er, wie auch andere mit ihm, haben erkannt, daß der ganze Gang der gesellschaftlichen Entwicklung dem Sozialismus entgegenreißt, um aber seiner Partei, den Republikanern, den Weg aus der „sozialistischen Gefahr“ zu weisen, glaubt er ihnen raten zu müssen, möglichst viel sozialistische Forderungen in das republikanische Parteiprogramm aufzunehmen. Natürlich nur um die Arbeiter zu lockern. Denn will man den Arbeitern wirklich helfen, so bedarf es der Verwirklichung der Kardinalforderung: Beseitigung des Privateigentums. Alle ökonomische und soziale Reformen müssen damit anfangen, nicht etwa aufhören. Gerade in Amerika, wo einzig und allein das Kapital herrscht.

Aber Angst vor der Sozialdemokratie war es, die den Worten des Präsidenten Taft entsprachen. Die Angst davor, daß das amerikanische Volk aufwachen könne und in Wahrheit sich selbst regieren wolle. Die herrschende Clique Amerikas fürchtet sich vor dem Erwachen des Volkes, denn sie weiß ganz genau, dann ist es vorbei mit Republikanern oder Demokraten, vorbei mit der Gewalterschaft des Kapitals, dann herrscht der Sozialismus, der Wille des Volkes. Daß diese Zeit näher rückt, daß endlich der Samen auf geht, den die Helden der Arbeit gesäht, weiß niemand besser als die, denen der Kampf am ersten gilt: den Vertretern des Kapital-



essen dort ihr Mittag. Unbedingt muß hierin Wandel geschaffen werden. Für genügende Gasmeßerräumlichkeiten muß gesorgt werden. Die Aborte werden in vielen Revieren noch von fremden Leuten benutzt, auch ist ein Abort zu wenig. In sieben Revieren sind nur zwei vorhanden, d. h. die von Arbeitern benutzt werden können. Dispoirs sind fast nirgends. Sollte in all diesen Dingen keine Abhilfe erfolgen, so wird es Aufgabe der Gewerbeinspektion sein, einmal danach zu sehen. Die Ausgabe von Streichhölzern ist auch in jedem Revier anders geregelt. In so manchem Revier muß um eine Schachtel fast gebettelt werden. Auch der Materialempfang ist in jedem Revier anders. Um zu verhindern, daß dem Arbeiter die Zeit für die jeweilige Arbeit noch mehr eingeschränkt wird, könnte das Material rechtzeitig von den Magazinen geholt werden. In einzelnen Revieren wird auch das ganze Material für die herauszugehenden Arbeiten am Tage vorher empfangen. Warum nicht überall? Die Arbeitszeit beginnt in neun Monaten des Morgens um 8 Uhr. Trotzdem schon früher darauf hingewiesen wurde, daß es praktischer ist, um 7 Uhr morgens anfangen zu lassen, wird daran festgehalten. Aber auch hier sind die Verhältnisse maßgebend, wird doch in einzelnen Revieren auf Bauten um 7 Uhr angefangen und ist der Schluß alsdann um 6 Uhr, in anderen wird wieder ohne Vesperpause durchgearbeitet, der Arbeitsschluß erfolgt alsdann um 1/2 7 Uhr. Für den Betrieb ist es vorzuziehen, wenn um 7 Uhr durchweg angefangen wird. Bei den Beförderungen vom Arbeiter zum Helfer oder zum Standaufnehmer oder zum Mohrleger oder zum Schmiedeführer tritt die Willkür häufig kraß zutage. Was da dem einzelnen für Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, ist einfach toll. Wenn der Arbeiter denkt, er wird bald als das und das geführt, so irrt er sich, denn der Herr Inspektor lenkt. Die Ernennung wird eben so weit wie möglich hinausgeschoben oder erfolgt überhaupt nicht aus diesem oder jenem Grunde. Ebenso ist es mit den Lohnzulagen. Häufig erfolgen diese sehr spät, mitunter nach einem halben Jahre erst. Die Fälle sind zu zählen, wo der Arbeiter von dem Tage ab, von welchem ihm die Zulage zusteht, sie auch erhält. Ein Fall sei hier angezogen: Ein Mohrleger ersucht den Inspektor um seine Zulage, dieser sieht nach, ob er dazu berechtigt ist und sagt: „Sie sind noch nicht dran.“ Nach drei Wochen wird der Mohrleger noch einmal vorkestellt. Der Herr Inspektor sieht wieder nach und sagt: „Die hätten Sie ja schon vor drei Wochen haben müssen.“ Was soll man dazu sagen? Als nun der Mohrleger um Nachzahlung bat, sagte der Inspektor: „Das gibt es nicht.“ Nach weiteren vierzehn Tagen hat er sie endlich erhalten. Aber selbst wenn der Antrag auf Lohnerrhöhung vom Inspektor aus weitergegeben ist, dann kommt ein Buchhalter her — der diese Sachen prüft — und findet heraus, daß dem Antrage nicht entsprochen werden kann. Ob die Herren Beamten in solchen Fällen sich auch so behandeln lassen würden? Wenn dann ein Arbeiter es wagt, dem Inspektor das und dies zu sagen, wenn ein Irrtum vorliegt, ihm klar zu legen versucht, nun, dann kann er was erleben. Einzelne Inspektoren können es gar nicht verzeihen, daß ein Arbeiter so etwas sich erlauben kann. Die Autorität könnte schließlich in die Brüche gehen. Ueberhaupt haben einzelne Inspektoren eine eigenartige Behandlungsmethode für die Arbeiter. Wenn ein Arbeiter sich in irgend einer Sache verteidigen will, so etwas gibt es nicht. Das Urteil ist schon vorher gefällt. Die großzügigen Worte kriegt er dann zu hören. Das Temperament geht dann mit dem Inspektor durch. Die geflügelten Worte sind:

„Machen Sie, daß Sie rauskommen.“ oder: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen.“ Auch kommt es vor, daß Namen aus dem Tierreich gewählt werden. Der ungelernete Arbeiter hat am meisten zu leiden, fängt doch bei manchem Inspektor der Mensch erst beim Schloffer an. Auf dem 17. Revier hat der Inspektor die Geldbüchchenholer (Automatgasmeßer) auf eine eigenartige Weise auf die Probe gestellt. Er ging zu mehreren Konsumenten hin und legte auf oder unter die Geldbüchse 10 oder 20 Pf. Zu dem Konsumenten sagte er, wenn die Leute kommen, sollen sie sich nicht weiter sehen lassen. Als ob die Arbeiter die reinen Spießhütten sind. In einem Falle passierte nun einem Arbeiter, daß ein Zehn-pfennigstück in die umgewechselte, leere Büchse hineinfiel; er jagte es dem Inspektor, aber der Herr ließ die Büchse nicht ertauschen, denn es hatten bei den von diesem Arbeiter gehaltenen Kästen zwei Groschen gefehlt. Wo der andere geblieben, weiß er nicht. Kurz, da er das nicht nachweisen konnte, erhielt er seine Entlassung. Ein anderer hatte vergessen, einen grünen Zettel über das Geld, welches hin und wieder auf den Büchsen oben auf liegt, von dem Konsumenten unterschreiben zu lassen. Schon wurde er wegen Nachlässigkeit mit 50 Pf. bestraft. Toll geht es manchmal hier zu. In zirka zwei Jahren sind mindestens zwanzig Arbeiter entlassen worden. Bei allen diesen Sachen scheint der Techniker auch eine große Rolle zu spielen, ja vielleicht die treibende Kraft zu sein. Nun, allzu scharf macht scharf. — Eine eigene Art, wie manchmal die Entlassungen vorgenommen oder gemacht werden, besteht, dieser oder jener Grund muß dann herhalten. Wer überhaupt mal krank wird, der muß sich vorsehen. Besonders diesbezüglich haben sich zwei Fälle im 34. Revier ereignet. Alle unternommenen Schritte waren vergebens. Arbeiter, die zirka 1 1/2 Jahre beschäftigt waren, eigneten sich mit einem Male nicht mehr für die Revierarbeit. Kränzlich war ein anderer Fall in einem Revier: ein Arbeiter war krank gewesen und meldete sich wieder zur Arbeit, wird aber nicht wieder eingestellt, weil sein Platz besetzt ist. Die unternommenen Schritte machten es möglich, daß der Arbeiter wieder eingestellt wurde. Wer bezahlt dem Arbeiter die Zeit, wo er ohne Arbeit und Verdienst war? — Nun, man könnte Hände schreiben über diese Verhältnisse. Dies sind nur einzelne Dinge. Besonders der Beschwerdeweg und der versprochene Rechtsschutz gegen fälschlich gemordenen Konsumenten verdient noch hervorgehoben zu werden. Gewöhnlich wird der Konsument in Schutz genommen, nicht der Arbeiter. Aufgabe der Direktion wird es sein müssen, energisch die angeregten Mißstände zu beseitigen.

**Fernzündung der Gaslaternen.** In den letzten Jahren hat sich eine umwälzende Veränderung auf dem Beleuchtungsgebiete vollzogen. Wurde im Produktionsprozeß in den Gasanstalten, sei es entweder durch Einführung von Labemaschinen oder durch neue Ofensysteme (Vertikal- oder Kammeröfen) eine Umwandlung herbeigeführt, so fand auch hinsichtlich der Beleuchtungsart ein andauernder Kampf zwischen Gas und Elektrizität statt. Der großartigen Erfindung des Auerlichtes gesellten sich bald das hängende Gasglühlicht sowie Preßgas in verschiedenen Systemen bei. Durch diese Neuerungen wird Gas als Beleuchtungsmittel noch geraume Zeit seinen Platz behaupten können. Vor einigen Jahren ist nun das Projekt der Fernzündung hinzugekommen, das heißt die Zündung der Laternen von einer Zentrale aus. Aus den ersten Versuchen irgendwelche sichere Schlussfolgerungen zu ziehen, war

der Arbeiter stets der Betrogene. Wieviel Geld die Kapitalisten diesen ihrem neuesten Helfer beisteuern, entzieht sich allerdings der öffentlichen Kenntnis.

Es muß aber doch eine gewaltige Sache sein, der Sozialismus; noch in der Entwicklung begriffen, jagt er seinen Gegnern schon gewaltigen Schrecken ein. Das ist ein Zeichen seiner Stärke, seines endlichen Sieges. Die Furcht, die Angst vor dem Sozialismus zeigt aber auch, daß die ihn Fürchtenden kein gutes Gemissen, keine reine Sache vor den Arbeitern haben. Ein „Arbeiterfreund“ wird sich nicht vor dem Sozialismus fürchten, ihn nicht bekämpfen, sondern ihn verwicklichen helfen.

Die auslösende Ursache zu der Rede Tafts als auch der Gründung der Anti-Sozialismus-Liga ist wohl der Sieg der Sozialisten in Milwaukee gewesen. Durch diesen Sieg gelangen unsere Parteigenossen in den Besitz der städtischen Verwaltung. Das ist aber nur der Anfang gewesen zu weiteren sozialistischen Siegen in verschiedenen Städten; auch im Weißen Hause zu Washington wird voraussichtlich Genosse Verger von Milwaukee, und somit der erste Sozialist, seinen Einzug halten.

Je mehr die sozialistische Partei in Positionen kommt, wo es ihr möglich ist, ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft zu zeigen, um so mehr wird auch die amerikanische Arbeiterschaft einsehen, wo in letzter Linie Hilfe für sie in. Der Amerikaner will nun einmal Nutzen von einer Partei haben, er kennt in seiner großen Masse nicht den Idealismus, der die sozialistische Partei durchweht. Bei ihm ist Politik ein Geschäft. Gerade darum ist der Sieg von Milwaukee von so weittragender Bedeutung. Er hat die Möglichkeit der praktischen Verwirklichung des Sozialismus gezeigt, er hat den herrschenden Kreisen Furcht und Angst eingejagt, von der man nur wünschen kann, daß sie immer größer wird. Je größer nämlich die Angst vor der Sozialdemokratie, je größer ist ihre Macht und je näher ist ihr Sieg.

mus, deren oberster Präsident Taft ist, und zu denen alle gehören, mögen sie sich Republikaner oder Demokraten nennen.

Ein anderes Angstprodukt aus der Furcht vor der Sozialdemokratie ist die vor wenigen Monaten gegründete Schutz- und Trutts-Gesellschaft gegen den Sozialismus. „Individual and Social Justice League“ nennt sich dieser amerikanische „Reichsverband“. Er sind vorwiegend Weirliche, die an der Spitze stehen. Es reichen sich hier Katholiken, Protestanten und Israeliten die Hand zum Kampf gegen die dräuenden Mogen des Sozialismus, der „Staat und Familie zerstört“. Der Inne der Organisation soll sein, dem amerikanischen Volke den prinzipiellen Unterschied zwischen dem amerikanischen Denken und Leben und der ökonomischen und politischen Revolution, wie sie vom Sozialismus angestrebt wird, klar zu legen. Weiter will die Liga die Anhänglichkeit an die Initiativen fördern, durch welche Amerika das Land der Freiheit, des Fortschrittes und der Achtung vor dem Gesetz geworden ist. Sie will den Glauben des Volkes an die persönliche Initiative, die Triebfeder des sozialen, industriellen und politischen Fortschrittes stärken und kräftigen. Das Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum schützen, gerechte Zustände bei der industriellen und kommerziellen Konkurrenz schaffen, aber zugleich allen Uebergriffen der privaten Privilegien auf Kosten des Allgemeinwohls entgegenzutreten. Des weiteren will die Liga die Arbeiterschaft gegen Unterdrückung seitens des Kapitals schützen, das amerikanische Heim, die Integrität der Familie und die Liebe zum Lande wie die Religion als das Fundament aller Zivilisation aufrechterhalten.

Das heißt den Mund ja ordentlich vollgenommen, und die Arbeiterchaft Amerikas sollte nicht undankbar sein, sondern sich dem legendären Wirken der Anti-Sozialismus-Liga gern unterwerfen. Wenn ja wenn die ganze Sache nicht ein Ableger des Kapitalismus wäre, und wenn keine Weirlichen dabei wären. Denn wo immer ein Pastor vorgab, den Arbeitern zu helfen, war

—ich—







gender: Paumischer Glöckle, dem die Erd- und Maurerarbeiten beim städtischen Gaswerksbau übertragen sind, hatte einen vom Stukkateur Pulvermüller übernommenen Arbeiter, der auch Stukkateurarbeiten machen kann, wieder entlassen, da solcher bei seinem früheren Meister wieder hätte eintreten können, da jedoch bei Pulvermüller die Stukkateure die Arbeit niedergelegt hatten und der betreffende Arbeiter keinen Streitreder machen wollte, so verlangten die beim Gaswerksbau beschäftigten Arbeiter Glöckle von diesem wieder dessen Einstellung. Glöckle ließ sich darauf nicht ein, worauf 20 bis 25 Mann die Arbeit niederlegten. Da nun die „Rama“ in allerhöchster Zeit mit der Aufstellung des neuen Leins beginnen will und die Fundamentarbeiten somit keine Verzögerung erfahren durften, so hatte der städtische Oberbauführer Kind einige Bauamtsarbeiter zur Vornahme dieser Arbeit beordert. Diese kamen jedoch der Weisung aus oben angeführten Gründen nicht nach, worauf deren Entlassung beschlossen wurde. Das Stadtbauamt sowohl wie der Magistrat stellten sich auf den Standpunkt, daß es sich bei fraglicher Arbeit nicht um eine Arbeit für einen Privaten, sondern um eine solche für die Stadt und zwar um eine, deren unerbüßliche Durchführung von Allgemeininteresse war, gehandelt habe und daß es nicht gut gehen würde, wenn städtische Arbeiter, mit deren Verlässlichkeit der Magistrat als Arbeitgeber rechnen müsse, einer Anordnung des Bauamts in einer solchen Weise begegnen. Gemeindebevollmächtigter Sädler nahm die Bauamtsarbeiter in Schutz und betrachtete das Vorgehen des Bauamts bzw. des Magistrats als einen Eingriff in deren Koalitionsfreiheit, überdies hätte es auch den Anschein, daß man beabsichtige, die organisierten Arbeiter des Bauamts allmählich zu entfernen, nachdem ein vereinzelter nichtorganisierter vierter Bauamtsarbeiter (Ludwig) nicht entlassen worden, sondern ihm nur die Entlassung bei der geringsten Pflichtverletzung angedroht worden wäre. Er stellte schließlich den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die mit Beschluß vom 18. Oktober gegen die Bauamtsarbeiter Had, Sachs und Wetterich ausgesprochene Kündigung wieder zurückzuziehen. Der Vorsitzende Fischer erklärte demgegenüber, daß die Geschäftsordnung eine vorherige schriftliche Einbringung derartiger Anträge fordere, was nicht geschehen sei. Er habe Herrn Sädler das Wort gelassen, weil er es für gut erachte, daß die Angelegenheit wenigstens in der Auffassung der einen beteiligten Seite bekannt geworden sei, zur Stellung eines Antrages an den Magistrat könne er sich jedoch nicht bereit erklären, nachdem die Angelegenheit den meisten Mitgliedern des Kollegiums völlig fremd sei und die Sache selbst überhaupt nicht in der Kompetenz des Kollegiums liege, wenn solches auch in allen Dingen das Recht, Anregungen zu geben, habe. Gemeindebevollmächtigter Lang erklärte zur Geschäftsordnung, daß die Interpellation der Kürze der Zeit wegen nicht hätte früher eingebracht werden können. Der Vorsitzende bemerkte, daß er gerne zu einem Akt der Humanität bereit sei, in diesem Falle habe er jedoch die Pflicht, das Forum zu vertreten. Gemeindebevollmächtigter Werner führte aus, daß nach den Ausführungen des Gemeindebevollmächtigten Sädler es den Anschein habe, als wenn den fraglichen Bauamtsarbeitern sehr unrecht geschehen sei und wirft die Frage auf, warum die Leute nicht die Arbeit angetreten und dann an geeigneter Stelle ihre Beschwerde angebracht hätten? Auf alle Fälle könne man in der Angelegenheit nicht urteilen, ohne auch die andere Seite gehört zu haben. Nachdem Gemeindebevollmächtigter Eberhardt noch in ähnlichem Sinne gesprochen hatte, wurde die Angelegenheit auf die nächste Sitzung vertagt. — Dieser der Tagespresse entnommene Bericht lenigzeichnet einigermaßen die Situation. Das dazu nötige haben wir im heutigen Zeitartikel gesagt.

### • Aus unserer Bewegung •

Berlin. (Städtische Kieselfelder.) In drei Versammlungen, zwei für die nördlichen und eine für die südlichen Kieselfelder, tagten die Kollegen am Sonntag, den 30. Oktober. Die Versammlung in Spandau, die gut besucht war, diente hauptsächlich der Agitation. Kollege Schabel referierte über: „Die Rechte und Pflichten der Mitglieder“. Es ist zu hoffen, daß nun endlich auch die Kollegen der südlichen Kieselfelder ihre Indifferenz ablegen und sich, gleich ihren nördlichen Kollegen, besser wie bisher um die Vertretung ihrer Interessen kümmern werden und zwar durch Eintritt in den Verband. Bisher konnten die Herren Ortsverwalter dort mit den Arbeitern schalten und walten wie ihnen beliebt. Die Kollegen werden aber jetzt auch zur Einsicht kommen. — Die beiden Versammlungen für die nördlichen Kieselfelder in Franz-, Buchholz- und Hohen-Schönhausen, in denen die Kollegen Schulz und Hoffmann referierten, beschäftigten sich mit der Forderung um Einrichtung von Arbeiterausschüssen für die Kieselfelder. Es wurde einstimmig beschlossen, nochmals der Deputation die Forderung durch eine Eingabe zu unterbreiten, in der festen Zusage, daß dieselbe diesmal erfüllt wird. Es ist bezeichnend für die Verwaltung der Stadt Berlin, daß sie Eingaben und Vorstellungen, welche von Verbandsseite im Interesse der Arbeiter gemacht werden, immer mit der Verwahrung zurückweist, daß als alleinige Vertretung die Arbeiterausschüsse anzusehen sind. Für die zweitausend Kieselfelderarbeiter

aber hat sie es bis jetzt nicht für nötig gehalten, solche einzurichten. In der Diskussion kam außerdem die Erbitterung der Kollegen drastisch zum Ausdruck darüber, daß trotz der herrschenden Teuerung die geradezu jämmerlichen Löhne der Kieselfelderarbeiter auch in diesem Jahre wieder keine Berücksichtigung erfahren haben. Immer noch erhalten die Ortsarbeiter den schon seit dem Jahre 1882 bestehenden Lohn von im Sommer 1,80 Mk. und im Winter 1,20 Mk. pro Tag! Einen Lohn, den seinen Leuten anzubieten sich jeder ordentliche Krautjunker schämen würde. Der Stadtverwaltung muß hier mit vollem Recht der Vorwurf gemacht werden, daß sie ihren Arbeitern auf den Kieselältern gegenüber noch mehr wie wo anders ihre Pflicht als Arbeitgeber vernachlässigt. Den Kieselfelderarbeitern in ihrer Gesamtheit muß aber nochmals gesagt werden, daß sie nur durch geschlossenes Eintreten in den Verband eine Gewähr für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erhalten können.

**Pingen s. N.** Es wird niemand erwarten, daß wir von diesem sonst so herrlich gelegenen und im Sommer von Fremden stark besuchten Rheintälchen besonders Erfreuliches über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter berichten können. Denn jede Organisation zur Vertretung der Interessen der städtischen Arbeiter fehlte bis vor kurzem vollständig. Auch bisher sind es nur wenige, die die Notwendigkeit des Zusammenschlusses eingesehen haben. Ganz besonders bemängelt sind die Zustände im Gaswerk. Für die Ofenarbeiter gilt als Arbeitszeit die zwölfstündige und die vierundzwanzigstündige Wechselschicht. Der Lohn von 4 Mk. pro Tag für die Schichtarbeiter und 3 Mk. bis 3,50 Mk. für die Hofarbeiter muß als sehr niedrig bezeichnet werden. Denn Pingen ist infolge des großen Fremdenverkehrs ein ziemlich teures Plafier. Außerdem herrscht hier noch der mittelalterliche Zustand, daß auch die Feuerhausarbeiter noch zur Hofarbeit herangezogen werden. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß dadurch die Gesundheit der Arbeiter geradezu vernichtet wird, denn der allersündigste Mensch wird das für die Dauer nicht aushalten, wenn er am ganzen Körper mit Schweiß bedeckt sich bei Wind und Wetter auf den Hof stellen muß, was in der kalten Jahreszeit geradezu mörderisch wirkt. Es kommt auch infolge dieses Zustandes, welcher erst vor nicht allzu langer Zeit eingeführt wurde, vor, daß, wenn die Feuerarbeiter mit ihrer Tour fertig sind und sich eben zum Frühstück setzen wollen, der Meister einfach kommt und die Leute zum Hofladen kommandiert, was einer Schilane so ähnlich sieht, wie ein Ei dem anderen. Ein Arbeiter, der einmal bei einer Kälte von 10 bis 12 Grad vom Ofen direkt zum Schlachthausfeld kommandiert wurde, zog sich eine derartige Erkältung zu, daß er kurz darauf auf 10 Wochen krank wurde und im nächsten Jahre eine weitere Krankheit von 26 Wochen durchzumachen hatte, ohne aber seine volle Gesundheit wiederzuerlangen. Es ist deshalb ein Gebot der Notwendigkeit, daß die Stadtverwaltung dem Gasmeister Winemann die Gewalt aus der Hand nimmt und eine Änderung dieses Systems herbeiführt. Nebenbei herrscht auch noch ein großes Unbilligkeitsystem im Betriebe, wobei die auswärtigen Arbeiter die lieben Kinder des Gasmeisters sind. Zwei solcher lieben Kinder wurden zu Vorarbeitern ernannt, die in der Woche auf dem Hof die Aufpasser spielen. Sonntags müssen dann die Arbeiter, welche die ganze Woche Ofenarbeit verrichten haben, zu Hause bleiben und die Herren Vorarbeiter, welche sich die ganze Woche auf dem Hof ausgerubt haben, machen den Vierundzwanziger. Auf diese Weise ist es möglich, daß der Gasmeister seine Lieblinge immer bevorzugen und mehr verdienen lassen kann, als die übrigen Arbeiter. Im übrigen schaltet und waltet der Gasmeister so ganz nach seinem Belieben. Wenn es ihm z. B. einfällt, bestellt er einfach die Leute zur Arbeit, wo sie ihren freien Sonntag haben sollten und läßt sie dann die Ruhe an dem Sonntag nachholen, wenn sie die 24stündige Wechselschicht zu leisten hätten, damit seine lieben Kinder das Geld verdienen können. Wie diese Bevorzugung nach der einen und die Vernachlässigung nach der anderen Seite sich mit dem Gerechtigkeitsgefühl des Gasmeisters, der nebenbei bemerkt, auch noch ein sehr christlicher Mann sein will, verträgt, bleibt sein Geheimnis. Auch in anderer Beziehung zeigt sich dieselbe Ungleichheit. Wie einmal ein Arbeiter infolge Krankheit oder Sterbefalles in der Familie oder Bekandtschaft oder aus sonst einem Grunde einige Stunden Arbeitszeit veräumen, so werden ihm diese ohne weiteres vom Lohn in Abzug gebracht. Nachher aber die Lieblinge einen halben Tag blau, dann erhalten sie diese entweder bezahlt oder sie dürfen das Veräumte durch Arbeiten einer Sonntagschicht wieder einholen, wofür ein anderer Arbeiter zu Hause bleiben muß. Diese Dinge sind natürlich auch nur möglich, weil eine Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter nicht vorhanden ist, in welcher der Verhandlung der Arbeiter feste Grundlinien gegeben sind. Die Pingen Kollegen mögen daher aus diesen Zuständen die Lehre ziehen und sich recht bald vollständig der Organisation anschließen, damit die Verhältnisse gebessert werden können.

**Freiburg.** Am 20. Oktober fanden hier die Arbeiterauswahlwahlen statt — ein volles Jahr später als sie eigentlich sein sollten. Jedes war ein neues Statut in Kraft getreten, nach welchem nicht nur „Stadtarbeiter“ wahlen und gewählt werden konnten wie bisher, sondern jeder volljährige städtische Arbeiter war nun einjähriger Dienstzeit wahlberechtigt und wählbar. Leider war dem Antrag auf Verlängerung der Amtsdauer nicht stattgegeben worden,



so daß dieselbe nach wie vor drei Jahre beträgt. Die Wahl selbst soll nach den Grundzügen des Proportionalverfahrens stattfinden. Indes kommen die Grundzüge der Verhältniswahl nicht rein zur Anwendung, da die Arbeiter- bzw. Wählerschaft in vier Gruppen getrennt wählt und keine Zusammenzählung der in sämtlichen Betrieben für eine Partei abgegebenen Stimmen stattfindet. Dadurch ist der Eigenbrödel in weitestem Maße Vorschub geleistet, indem z. B. einige wenige Mann eine Liste für eine Wählergruppe aufstellen und die Liste mit fünf Unterschriften versehen einreichen können, die alsdann gültig ist. Die Verwaltung ist mit diesen Kandidatenslisten dann ebenso belästigt wie die größeren Organisationen, da sie eine erhebliche Mühe mit der Registrierung, Stimmzählung usw. hat, während die größeren Organisationen in der Kandidatenaufstellung behindert sind. Dabei sind diese Sonderlisten auch nicht dem Wesen und Zweck des Arbeiterauschusses entsprechend, da höchstens einmal ein einzelner Kandidat einer solchen Liste tatsächlich gewählt wird und dann, da er niemand für seine Haltung im Ausschuss verantwortlich ist, eine egoistischen oder Sonderpolitik treibt, durch die nur Unzufriedenheit unter die Arbeitererschaft getragen wird. Wir müssen deshalb darauf bestehen, daß das Wahlsystem, wenn es schon proportionell ist, wenigstens Vorzüge besitzt, daß solche Kleinliche Quertreibereien unmöglich sind. Auch hier wurde von diesem Recht der Quertreiberei in reichlichem Maße Gebrauch gemacht — ein Armutszeugnis genug für diejenigen städtischen Arbeiter, die sich ihrer Organisation anschließen können. Mit einer solchen Zersplitterung erwirbt man sich weder bei Mitarbeitern noch bei der Verwaltung irgendwelche Achtung. Die verschiedenen Unterzeichner der wilden Listen mögen sich das Wort merken: „Man liebt den Verrat, aber den Verräter nicht.“ Die erste Gruppe umfaßt die Arbeiter des Hoch- und Tiefbauamts, sowie des Stadttheaters und hat 4 Vertreter und 4 Ersatzmänner zu wählen. Gegenüber standen sich die Listen unseres und des christlichen Verbandes. Man konnte gespannt sein auf den Ausfall, da das Tiefbauamt, das die weitaus größte Mehrzahl der Arbeiter umfaßt, bisher als Hochburg der Christlichen galt. Sie ist gehalten, diese Hochburg. Drei ihrer Kandidaten wurden gewählt, während die anderen zwei Sitze auf unsere Liste fielen. Sogar die Stimmenmajorität ging für sie flöten, indem auf unsere Liste 77, auf die christliche Liste 67 Stimmen fielen. Gas- und Wasserwerke wählen 3 Vertreter und 3 Ersatzmänner. Die christliche Liste erhielt 5, die „Januareinstimme“ 6 Stimmen, folglich waren unsere 3 Vertreter sowie deren Ersatzmänner mit 99 Stimmen gewählt. Im Elektrizitätswerk und der Straßenbahn entfielen auf unsere Liste 15, auf die wilde Liste 19 Stimmen, welche jedoch für ungültig erklärt wurden, da von der wilden Liste die Vorschriften nicht innegehalten wurden. Stadtgärtnerei, Friedhof, Schlachthaus, Abfuhr- und Mieselausverwaltung, Postamt (Leviertes kam neu hinzu) hatten zwei Vertreter und zwei Ersatzmänner zu wählen. Unsere Liste erhielt 19, die christliche 20, die Holzbaureihe 18 Stimmen. Somit sind von uns ein Vertreter, zwei Ersatzmänner, außerdem ein Christlicher gewählt. Am schönsten haben sich hierbei die Holzbauer benommen. Durch die Tätigkeit unserer Verbandes haben die Waldarbeiter überhaupt erst das Wahlrecht zum Arbeiterauschuss erhalten; unserer Tätigkeit haben sie es zu danken, daß sie endlich der Ortskrankenkasse angeschlossen wurden und dadurch besser für sie, ihre Frauen und Kinder gesorgt ist; unserer Tätigkeit haben sie endlich zu danken, daß sie die Differenz zwischen Krankengeld und ½ ihres Lohnes, sowie einige sonstige Verbesserungen erhalten. Zum Dank dafür sind uns nun die Waldarbeiter in den Rücken gefallen, um Uneinigkeit und Zersplitterung unter die Arbeitererschaft und den Arbeiterauschuss zu tragen, wodurch sie selbst wieder am meisten gelitten hätten. Wir hätten von den Waldarbeitern eine verständigere Genehmigung erwartet. Im ganzen sind also 9 Vertreter unseres Verbandes und 3 Christliche gewählt, gegen 6 Vertreter unseres Verbandes, 4 Christliche und 2 Wilde, die vorher den Ausschuss bildeten. Wir können mit dem Resultat sehr zufrieden sein; die Eigenbrödel und Sonderbündler haben sich blamiert, ohne zu einem Erfolg zu kommen; vielleicht sehen sie jetzt eher ein, daß wir im Zeitalter des Zusammenrückens leben. — Unseren organisierten Kollegen aber hat die Wahlbewegung unzweideutig gezeigt, daß noch sehr viel zu tun ist, bis die Zersplitterung und Uneinigkeit überwunden ist und unserer Organisation die an sich ganz selbstverständliche Befehung des Arbeiterauschusses zufällt. Dazu werden auch unsere neugewählten Arbeiterauschussmitglieder nach Kräften beitragen, durch eine rastlose Vertretung der Arbeiterinteressen, die aber nur dann erfolgreich sein wird, wenn die Kollegenchaft in unserem Verbandsorganisiert hinter ihnen steht.

**Mün.** Am 21. Oktober hielt die Filiale ihre Generalversammlung ab. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Adams und Komorowski wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Der Massenbericht für das dritte Quartal zeigt ein weiteres Erhalten des Verbandes. Die Mitgliederzahl liegt um 18, sie betrug am Quartalsanfang 965, jetzt aber heute schon über 1000. Die Gesamteinnahmen betragen (inkl. Massenbeitrag von 1117 Mk.) 5412 Mk., die Ausgaben 382 Mk. Davon 297,91 Mk. an die Hauptkasse. Mit Ausnahme von besonders zu nennen: Sterbegeld 190 Mk., Erntehilfen- und Krankenunterstützung 796,98 Mk. In der Filiale blieben 1099 Mk. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Gauleiter,

Kollege Heinrich Schäfer, demnächst als Sekretär in den Dienst der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ eintritt. Er bleibt jedoch Mitglied des Verbandes und wurde daher einstimmig als Ersatz für den verstorbenen Kollegen Adams in den Vorstand gewählt. Bei den Arbeitern des Tiefbauamtes hat sich unter Begünstigung verschiedener Vorgesetzten ein Spitzelsystem herangebildet. Diese Spitzelkollegen sehen ihre Hauptaufgabe darin, die Versammlungen der organisierten Arbeiter zu besuchen und nachher den Vorgesetzten diejenigen Kollegen zu denunzieren, die es sich nicht nehmen lassen, zugunsten der Allgemeinheit die vielen Mißstände und die Beamtenwillkür einer berechtigten und sachlichen Kritik zu unterziehen. Auch die Hafenverwaltung hat sich bisher nicht dazu verstehen können, den Arbeitern, die mit dem Verladen der chemischen Produkte der Firma Grüneberg u. Förster beschäftigt sind, eine entsprechende Zulage für diese besonders schweren und schmutzigen Arbeiten zu zahlen. Der Herr Direktor vom Hafen hat sich auf Antrag des Arbeiterauschusses schon vor einem halben Jahre dazu bereit erklärt, pro Tag 1 Mk. Zulage zu gewähren. Bei der Regelung des Lohntarifes von 1908 sind diese Arbeiter übersehen worden. Am 26. November feiert die Filiale das Fest des fünfjährigen Bestehens.

**Magdeburg.** Am 20. Oktober fand in der „Bürgerhalle“ (Rückteil) eine öffentliche Versammlung für Mitglieder der Krankenkasse der Stadt Magdeburg statt. Arbeitersekretär Wössinger hielt einen Vortrag über: „Die Krankenversicherung und ihre Bedeutung für die Arbeiterchaft“. Der Referent schilderte eingehend und in interessanter Darstellung die Bedeutung der Arbeiterversicherung. — In der Diskussion wurde auf die Verhältnisse bis zum Jahre 1896 hin, früher hat es in den Krankenkassen anders ausgesehen wie heute. Gewünscht wurde, daß für die Familie mehr herausgeschlagen und eine Statistik über Wohnungen aufgenommen wird. Auch sollen invalid gewordene Mitglieder der Kasse wieder betreten können. Die Wahl findet am 27. November statt. Unsere Liste fängt mit dem Namen Otto Meißner an und hört mit August Jäger auf.

**Mühlhausen i. C.** In der gut besuchten Mitgliederversammlung vom 23. Oktober hielt Gewerkschaftssekretär Wich einen interessanten Vortrag über: „Das Konsumwesen und die Gewerkschaften“. Zum Schluß appellierte Redner an die zahlreich anwesenden Frauen, den Kampf im wirtschaftlichen Kampfe um Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Lebenshaltung der Familien zu unterstützen. In der Diskussion wurde dann von mehreren Rednern das hier eingeführte Rabatmarkensystem scharf gezeigelt und die Anwesenden aufgefordert, sich der Organisation und dem Konsumverein anzuschließen.

**Mürnberg.** Am 30. Oktober fand im Gewerkschaftsbaus unsere Quartalsversammlung statt. Zunächst wurde das Ergebnis der letzten Bauarbeiter-Schutzkommissions-Sitzung bekanntgegeben und zugleich auf die am 15. November stattfindende Versammlung aller Hoch- und Tiefbauarbeiter hingewiesen und zur Beteiligung aufgefordert. Die Hauptstelle für Jugendfürsorge hat Einladung ergehen lassen zu ihren Vorträgen. Die Verwaltung hat schon beschlossen, sich mit einem Jahresbeitrag an dieser so segensreichen Einrichtung zu beteiligen. Ferner wurde auf die erschienenen Bücher aufmerksam gemacht, welche im Ortsbureau zu haben sind. Nachdem gab Kollege Hölle den Massenbericht für das 3. Quartal. Die Einnahmen mit Massenbeitrag 12 02,08 Mk., Ausgaben 2574,51 Mk., blieben 9817,57 Mk., an den Verbandsvorstand 3959,87 Mk., davon in Leistungen 1526,01 Mk., bleibt ein Filialkassenbestand von 5857,70 Mk., das ist ein Mehr von 622,58 Mk. gegen das letzte Quartal. Der Mitgliederstand hat sich um 67 männliche und ein weibliches auf insgesamt 1106 erhöht. Nach kurzer Debatte wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Beim letzten Punkt wurden verschiedene interne Angelegenheiten erledigt. Es wurde auf die Versammlungsprotokolle hingewiesen, mit deren Ertrag im Sommer Ferienausflüge gemacht werden sollen, für die Kinder unserer Mitglieder. Bis jetzt sind 10,10 Mk. eingegangen.

**Strabrun.** Eine ausbesuchte, öffentliche Versammlung tagte am 13. Oktober in der „Barenbörse“. Der geräumige Saal war bis auf das letzte Plätzchen dicht besetzt von städtischen Arbeitern, die dadurch bezeugen wollten, wie groß ihr Interesse an den gestellten Lohnforderungen ist und wie bitter notwendig Lohn-erhöhungen überhaupt sind. Anwesend waren ferner ein Sekretär des Bürgermeisters, ein Sekretär des Stadttheaters, der Direktor des Straßenreinigung- und Abfuhrwesens, Herr Claus, Herr Wegemeier, Wiedemayer, Herr Betriebsleiter Jäger von der Toblerreinigung. Die ebenfalls eingeladenen Gemeinderäte glänzten durch Abwesenheit, wie es denn überhaupt eine Eigenartigkeit dieses Gemeinderats ist, daß er die Veranlassungen von Beamten und Arbeitern gleichermaßen ignoriert und souverän über Entscheidungen trifft, ohne mit den untergeordneten Interessenten in Rücksicht zu treten. Herr Müller referierte über: „Wie lauten unsere Forderungen an den Gemeinderat“. Unsere Forderungen hat er auf Änderung und Erhöhung des Lohntarifs erwidert, die der Redner im einzelnen zerlegte und eingehend begründete. Von einzelnen Kategorien werden, namentlich die der Wahl des jetzigen Gemeinderats, Leistungen verlangt, die weit über



das normale Maß hinausgehen. Ganz besonders ist es die Straßenreinigung und Mehrschichtabfuhr, die sich auf diese Weise auszeichnet. Der beste Beweis, wie in diesem Betrieb mit der Gesundheit der Arbeiter Naubbau getrieben wird, ist der Umstand, daß derselbe absolut und prozentual die meisten Patienten aufweist, die im Sanatorium Taunenberg Erholung suchen müssen. Dabei sind Leute darunter, die vor zwei bis drei Jahren gesund und kräftig zur Stadt gekommen sind. Dieser Erscheinung wird noch mehr wie bisher Aufmerksamkeit geschenkt und Abhilfe verlangt werden müssen. Weiter weist der Redner auf das seit einiger Zeit ganz besonders stark zutage tretende Bestreben der Krümmungsverwaltung hin, sich von ihren Verpflichtungen zu drücken und den Arbeiterunterstützungsfonds zu ihren Gunsten förmlich auszubeuten. Sache des Arbeiterausschusses müsse es sein, diesen Kleinlichen Bestrebungen manhaft entgegenzuwirken. Mit einem Appell, die vorgebrachten Lohnforderungen unbedingt hochzuhalten und kräftig zu unterstützen, auch stets eingedenk zu sein, daß auch die städtischen Arbeiter sich als vollwertiger Teil der Gesamtarbeiterschaft fühlen und behaupten müssen, schloß der Gauleiter seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Schwab und Gebhardt im Sinne des Referenten. Genosse Amts, Gewerkschaftssekretär, versicherte die Anwesenden der Sympathie der Strakburger Arbeitererschaft, wies auf die Sparpolitik des jetzigen Gemeinderats hin und erwartet von den Gemeindearbeitern, daß sie durch einigen Zusammenschluß im Verband die Arbeiterinteressen aufs kräftigste zu wahren wissen. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Mit einem kräftigen Schlusswort, insbesondere auch der Arbeiterpresse zu gedenken, schloß H. Gabel die imposant verlaufene Versammlung.

**Wiesbaden.** Am 28. Oktober nahmen die städtischen Arbeiter in einer öffentlichen Versammlung Stellung zu der Antwort des Magistrats auf ihre Eingabe vom Juli 1909. Gauleiter **Marke** unterzog die vom Magistrat gegen die einzelnen Forderungen vorgebrachten Gründe einer eingehenden Kritik. Die Tatsache, daß der Magistrat jetzt erst nach 15 Monaten das Wort zu dieser inhaltlosen Antwort gefunden hat, sei bezeichnend für die Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren, die erst vor einigen Monaten selbst Gehaltszulagen erhalten haben, die zum Teil mehr betragen, als der Jahresverdienst manches städtischen Arbeiters. Und nun ist sich der Magistrat trotz der langen Erwägung immer noch nicht klar darüber, ob bei der Einführung des im Prinzip beschlossenen Lohntarifs auch eine Erhöhung der Löhne eintreten soll. Dabei weist eine vom Statistiken Amt der Stadt Wiesbaden aufgenommene Statistik einwandsfrei nach, wie schlecht die Arbeiter hier noch bezahlt werden. Die Durchschnittslöhne betragen danach bei den ungelerten Arbeitern 3,44 M., bei den Schlossern 4,14 M., bei den Heizern und Sämern 4,46 M., bei den Maschinenführern 4,62 M., bei den Spenglern 3,98 M., bei den Gärtnern 3,67 M. usw. Das sind Zahlen, auf welche die Weltkarte Wiesbaden, die 232 Millionäre, unter denen sich 78 Talermillionäre befinden, zu ihren Bürgern zählt, keineswegs stolz sein kann. Auch nach einer von der Organisation aufgenommenen Statistik schneidet Wiesbaden sehr ungünstig ab. Hieran stehen die Löhne in Wiesbaden bei den Heizern im Elektrizitätswerk und den Gärtnern an 36., im Wasserwerk an 34., bei den Manuarbeitern an 46. und bei der Straßenreinigung sogar an 72. Stelle unter den deutschen Stadtgemeinden. In Anbetracht dieser Tatsache hätte auch der Magistrat zu der Überzeugung kommen müssen, daß die Lage der städtischen Arbeiter eine durchaus verbesserungsbedürftige ist. Der Redner wandte sich dann noch ganz besonders an die Indifferenten und Säumigen und forderte sie auf, aus dieser Antwort des Magistrats die richtige Lehre zu ziehen, die Gleichgültigkeit endlich einmal abzulegen und sich zu organisieren, dann wird man auch auf dem Wiesbadener Rathaus den Forderungen der Arbeiter andere Bedeutung beilegen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

In der darauf folgenden Diskussion übten sämtliche Redner an dem seitens des Magistrats an den Tag gelegten Verhalten scharfe Kritik. Unter anderem wurde auch den Ausschüssen empfohlen, wenn sie keine weitergehenden Rechte bekommen sollten, ihre Memos niederkulegen. Die Versammlung hätte aber in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache noch besser beachtet sein müssen. Viele der städtischen Arbeiter glauben aber immer noch, sich von anderen die Mahnungen aus dem Feuer holen lassen zu müssen. Die Folgen von ihrem Verhalten müssen sie natürlich selbst tragen. Zum Schluss wurde eine Resolution im Sinne vorstehender Ausführungen einstimmig angenommen.

### Rundschau

**Politischer Wochentreffung.** Die Berliner Staatsanwaltschaft hat sich erboten, den Beweis dafür zu erbringen, daß die bekannten Noabiter Vorfälle durch den „Terrorismus“ der Gewerkschaften und die „sozialdemokratische Verleumdung“ verursacht wurden. Durch diese Taktik des öffentlichen Aufregens macht der Noabiter Anwaltsprozess über den Rahmen einer gewöhnlichen Gerichtsverhandlung hinaus, zu einem politischen

Ereignis von weittragender Bedeutung. Die Staatsanwaltschaft weist nun triumphierend darauf hin, daß sich unter ihren Angeklagten 21 gewerkschaftlich organisierte befinden, denn sie will damit beweisen, daß die Gewerkschaften selbst an den Tumulten beteiligt sind. Nun ist es an sich für Berliner Verhältnisse gar nicht verwunderlich, daß sich unter einer zufällig zusammengetragenen Menschenmenge ein erheblicher Prozentsatz organisierter Arbeiter befindet. Es kommt aber noch dazu, daß die der Staatsanwaltschaft so erfreuliche Verhältniszahl nicht ohne Kunst zustande gebracht worden ist. Da nämlich dem Staatsanwalt organisierte Arbeiter von vornherein als tumultverdächtig erschienen, sind die Verhafteten in der Weise „gesiebt“ worden, daß unüber belastete Nichtorganisierte ohne weiteres freikamen, während gegen Organisierte, sofern auch nur der Schatten eines Verdachtes gegen sie vorlag, Anklage erhoben wurde! Es bedarf keiner Kunst der Prophezeiung, um vorauszusagen, daß die Beweisführung des Herrn Staatsanwalt Steinbrecht in der Verhandlung ganz elend zusammenbrechen wird. Zusammenbrechen wird auch das ganze Lügengebäude, das von geschäftigen Schwarzmachern über Noabit errichtet worden ist; die Arbeiterbewegung aber wird an moralischem Ansehen und physischer Kraft gefärkt aus diesem schweren Kampfe hervorgehen. Solche Sprache dürfen wir heute schon führen, denn es ist die Sprache des guten Gewissens! — Die „Kreuzzeitung“ hat neulich mit einem Schritt zurückgetan und erklärt, es seien keine Ausnahmefälle gegen die Arbeiterbewegung geplant, die kleineren Kreise der reaktionären Presse seien aber trotzdem ihr dunkles Treiben fort und heulen nach „entschiedenen“ Maßregeln. Die Auflösung der Jugendorganisation von Lichtenberg wird ihrem Heißhunger kaum genügen, zumal da sie mangels einer ausreichenden gesetzlichen Grundlage kaum wird aufrechterhalten werden können. Aber von den Radelstichen hält man überhaupt nichts mehr, sondern meint, ohne Maschinen-gewichte ginge es überhaupt nicht.

**Oberbürgermeister Wilde †.** Am 1. November ist der Schöneberger Oberbürgermeister im Rathaus bei seiner Arbeit plötzlich verstorben. Es wird im Deutschen Reich wenig Oberbürgermeister geben, die in allen Kreisen der Bevölkerung so beliebt sind, wie es der Verstorbene in Schöneberg war. Er war ein Mann mit klarem Blick und warmem Herzen. Spiechbürgerliche Anschauungen, in denen ein höherer Kommunalbeamter, durch seinen Umgang und durch die große Zahl von Kleinigkeiten, mit denen er sich täglich zu beschäftigen hat, gar leicht verfallt, waren ihm völlig fremd. Er war ein Mann, der den Grundab vertraut, daß die wachsende Stadt immer größere Pflichten zu erfüllen hat. Wenn für die Bekämpfung der Tuberkulose und Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit Mittel gefordert wurden, dann trat er für die weitgehendsten Forderungen ein. Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsitzer, Genosse **Kollenbühr**, widmete dem Verstorbenen einen warm empfundenen Nachruf. Auch wir möchten angesichts der Tatsache, daß noch viele Kommunalgewaltige unseren Forderungen verständnislos, zurückhaltend oder feindselig gegenüberstehen, hervorheben, daß Oberbürgermeister Wilde sich bemüht hat, die Lage der städtischen Arbeiter nach Kräften zu bessern. Seine Anschauungen über die Arbeiterbewegung kennzeichnet sich durch den bekannten Ausspruch, den wir schon in Nr. 18 der „Gew.“, Jg. 1909, brachten: „Die gewerkschaftlichen Organisationen sind uns anscheinend ziemlich fremd, aber wir dürfen dieselben nicht unterschätzen. In Wahrheit sind die Gewerkschaften der Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens, sie haben eine große Bedeutung. Ohne sie oder gegen sie kann etwas Durchgreifendes in den Arbeiterfragen nicht unternommen werden.“

Gegenwärtig finden in zahlreichen Gemeinden wieder Stadtverordnetenwahlen statt. Dabei kommen verschiedentlich auch unsere Kollegen als Kandidaten in Betracht. So wurde in **Wilmersdorf** Kollege **O. Kiedel**, in **Rixdorf** **Polenske** gewählt. In **Schöneberg**, wo **A. Röß** aufgestellt war und in **Magdeburg**, wo **Strunz** kandidierte, sind wir leider unterlegen. In **Frankfurt a. M.** und in **Rheinland-Westfalen** stehen gleichfalls Kollegen zur Kandidatur. Das erfreuliche Anwachsen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, so z. B. die Erringung von Mandaten im dunklen Lignis, der Sieg in **Offenbach** usw. dürfte auch unserer Bewegung zugute kommen. Es ist daher notwendig, daß unsere Kollegen nach Kräften an den Wahlen teilnehmen.

Der Erste deutsche Soziologenkongress tagte vom 19. bis 22. Oktober 1910 in **Frankfurt a. M.** Die Programmrede hielt Professor **Tönnies-Niel**, in der er die Wege und Ziele der Soziologie beleuchtete. Er verglich die Gesellschaft mit einem Patienten, an dessen Krankenlager die Wissenschaft tritt. Am Krankenbett gebe es verschiedene Meinungen der Ärzte. Sie alle aber leide der eine Zweck, nämlich die Gesundheit und das lange Leben der Patienten. „So wollen auch wir die Gesundheit, das lange Leben der Nation oder der ganzen Menschheit oder der europäischen Kultur.“ Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, genügt es aber nicht, die Diagnose zu stellen, sondern die Krankheit muß auch geheilt werden. Da klingt es denn recht wenig tröstlich, wenn Prof. Tönnies weiter erklärt: „Wir lassen in unserer Gesellschaft für Soziologie alle Zukunftsprogramme und alle sozialpolitischen“



tischen Programme aus dem Spiel, nicht weil wir sie verachten, sondern weil wir leidlich vollkommen objektiv untersuchen wollen. Wir wollen als Soziologen uns nur mit dem beschäftigen, was ist, und nicht mit dem, was nach unserer Ansicht sein müßte, also nur mit dem bestehenden sozialen Leben. Als Soziologen sind wir weder für noch gegen den Sozialismus, weder für noch gegen die Erweiterung der Formenreize, weder für noch gegen Rassenmischung." Mit einer solchen Stellungnahme der Soziologie dürfte der kranken Gesellschaft wenig geholfen sein. Denn dieser Standpunkt ist weder frisch noch frisch, daher dürfte die ganze Soziologie zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein. Ueber die besonderen Aufgaben der Gesellschaft für Soziologie referierte Professor Weber-Geidelsberg. Zunächst soll eine Soziologie des Zeitbewusstseins herausgegeben werden. Das meiste Interesse dürfte der Vortrag des Privatdozenten Dr. P. Löb-München über: "Die Begriffe der Klasse und Gesellschaft" erwecken. Er fordert darin besonders vom Standpunkt der Massenhygiene die Ausmerzung der Minderwertigen, wobei er sich auf Darwin, Hädel u. a. berief. An die Ausführungen dieses Vortragenden knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion. Professor Tönnies erklärte, daß auch die Erhaltung von Krüppeln von Wert sein könne. Moses Mendelssohn war verwirrt, — sein Enkel war Felix Mendelssohn-Bartholdy. Man müsse auch hier differenzieren. Dr. S. Pottbott wandte ein, daß ein großer Teil der Schwachen doch nur wirtschaftlich schwach sei und zugrunde gebe, obwohl er zur Fortpflanzung einer gesunden Art beitragen könne, und warf die Frage auf, ob es nicht wirtschaftlicher sei, die Mittel, die der Schwach und die Erhaltung der Schwachen erfordere, der Säuglingsfürsorge zuzuwenden. Wir können uns den beiden Diskussionen nur anschließen. Es läßt sich hier nichts verallgemeinern. Man hat zwischen den Schwachen, den Untüchtigen und Minderwertigen äußerst sorgfältig zu unterscheiden. Vor allen Dingen aber dürfte eine durchgreifende Bekämpfung der Tuberkulose und des Alkoholismus sowie die Durchführung aller gewerkschaftlichen Forderungen die Klasse vor ihrer Entartung bewahren.

Aufmunterung zum sozialpolitischen Nichtstun. Ueber die „ungeheure“ Belastung der deutschen Industrie durch die Sozialversicherung pflegen im allgemeinen nur die fatten Herren der Schwerindustrie und die hungernden Kleinrentner der ehrsamen Kunst zu jähnen. Seitdem sich nun Professor Ehrenberg bemüht, die Schmerzen der deutschen Industriellen durch eine ganz besondere volkswirtschaftliche Vertriebsweise zu neuen wissenschaftlichen Dogmen umzumünzen, erhält die Phrase von der überbürdeten Industrie in gewissen preussischen Professorenkreisen einen bestimmten Nutswert. Den Sturm Ehrenbergs auf die sozialpolitische Schule der deutschen Nationalökonomie scheint nun auch der Berliner Professor L. Bernbard mitmachen zu wollen. Dieser Sturmeselle Ehrenbergs hat nach der „Frankf. Ztg.“ ausgeführt, die Beamten seien, wie die ganze heutige Generation, in der sozialen Bewegung aufgewachsen, von der mancher Satz zum Dogma verhärtet sei. Das gefährlichste Dogma davon sei aber das von der unbegrenzten Tragfähigkeit der deutschen Industrie. Vergeißlicherweise, so erläuterte dies Professor Bernbard, traute man dem kartellierten Angebauer jede Fähigkeit zu. Dazu kommt, daß der Aufbau der sozialen Klassen unter Kosadovskij in einer Zeit großen industriellen Aufschwunges vor sich ging. Allmählich aber enttandten Anzeichen dafür, daß diese Tragfähigkeit denn doch nicht unbegrenzt ist. Die eigentliche Lebenskraft der Industrie ist ja mit Sicherheit auch gar nicht erfassbar. Sicher ist aber, daß die Arbeiterversicherung dreieinhalb Milliarden, die Verwaltung 65 Millionen kostet. Und noch immer drängen neue Bevölkerungsschichten heran, nämlich die Rentenjünger zu, so daß die Kosten bald eine Milliarde erreichen werden. Der Großindustrielle hört aus diesem professoralen Gerede nur das ihm so willkommene Verslein heraus: Auf der Industrie liegt ja schon ein sie erdrückender Alp, nämlich eine ganze Versicherungsmilliarde, darum sperrt schleunigst allen von der „Rentenjünger“ inzigierten Bevölkerungsschichten, den Privatbeamten usw. den Zugang zur sozialen Versicherung. Es lebe das sozialpolitische Nichtstun! Das dünne Pöcklein der Sozialpolitik, das schon unter Kosadovskij langsam genug fortschlich, soll wohl nun unter dessen Nachfolgern völlig zum Stillstand kommen? Das stagnierende Wässerchen gleicht jetzt schon ganz einem faulen Eumpfe!

Ein gestürzter Theaterpascha. Dem Direktor des Berliner Lustspielhauses Dr. Martin Jidel ist durch Gerichtsbeschluß die Konzession entzogen worden. Der Grund zu dieser Maßnahme lag in den sittlichen Verfehlungen, die sich Dr. Jidel zuschulden kommen ließ. Nach der Aussage mehrerer Zeugen hat er mit einer Reihe seiner Schauspielerinnen geschlechtlich verkehrt, welches Verhältnis maßgebend war für die Verteilung der Rollen. Auch mit fremden Schauspielerinnen, die sich um Engagement bewarben, scheinen solche Dinge in den Räumen des Theaters vorgekommen zu sein. Einmal wurde sogar die Probe eine Stunde lang aufgehalten, weil Dr. Jidel eine Dame in sein Zimmer zu sich holen ließ. In der Urteilsbegründung heißt es ausdrücklich, daß er ein Mädchen- und Frauenjäger gewesen, der die Damen seiner Bühne nicht unbehelligt ließ. Die Sache im Interesse des Theaterpersonals in Fluß gebracht zu haben, ist das Verdienst der

Fühnengenossenschaft, der Organisation der Schauspieler und Schauspielerinnen. Es wäre deshalb erfreulich, wenn das gesamte Theaterpersonal auch aus diesem Vorkall lernte, daß es nur auf dem Wege der Organisation seine Lage verbessern kann. Die Jidelsche Paschawirtschaft ist nicht die einzige in Deutschland. Mit aller Entschiedenheit muß in allen Arbeitsverhältnissen die Verquickung der Ausbeutung der Arbeitskraft mit der der weiblichen Ehre bekämpft werden. In diesen Arbeitsverhältnissen gehört die Stellung der Schauspielerin. Erbärmlich und niedrig ist die Ausnutzung der wirtschaftlichen Schwachheit einer Angestellten zur Befriedigung der Sinnelust ihres Arbeitgebers. Dagegen kann nur am besten eine starke Organisation anknüpfen.

**Die Brüder im Zentrum: Turm.**

Zu der „Germania“ erobert Dr. Dieck  
Ein Schlagen, Jürnen und Gequiesch  
Er verbitt den Abgeordneten Kecken —  
Wir vergeßt Seh'n und Hören.  
Er schlenkert sachmännlich und kenneisch  
Das Kraftwort „Dunkelmännlich“  
Und bedient sich einer heiligen Lunge —  
Lunge, Lunge!  
Nun, Zentrumsturm, der Himmel sei dir gnädig,  
Man denkt an die Kampanile von Venedig,  
Der zerbrang mit großem Getraude —  
An Bade.  
Da lächelt der Turm: Es plittern die Felsen,  
Die Eichen dorren, und Gletscher schmelzen,  
Kammute schwimmen, austrocknet die See —  
Ich aber? . . . Kecek! Gottlieb im „Tag“.

**Briefkasten**

Zur gest. Beachtung! Des preussischen Lusttages wegen muß die nächste Nummer einen Tag früher bereitgestellt werden. Redaktions-schluss für Artikel und größere Korrespondenzen ist daher am Freitag, den 11. November.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 4 u. 5 vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.  
Ist die Welt bewohnt? Verlag von J. G. B. Dieck Nachf. in Stuttgart. Eine Darstellung der Frage nach der Bewohnbarkeit anderer Weltkörper auf Grund unseres jetzigen Wissens von der Natur derselben und vom Leben. Von Felix Link. — Neues Pöcklein der Kleinen Bibliothek. 108 S. Illustriert. Preis brochiert 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinsausgabe brochiert 50 Pf.

Im Anfang nächster Woche gelangt der

**Notiz-Kalender**

für  
**Gemeinde- und Staatsarbeiter**

für das Jahr 1911.

zum Preise von 50 Pf.

zum Versand.

Bestellungen wollen die Kollegen bei ihrer Filialleitung machen. Der Vorstand.

**Totenliste des Verbandes.**

<b>Lorenz Brunner, München</b> Paternosterwärter † 21. 10. 1910, 59 Jahre alt.	<b>Friedr. Wilke, Brandenburg</b> † 25. 10. 1910, 58 Jahre alt.
<b>Friedrich Boldt, Hamburg</b> Gasarbeiter † 22. 10. 1910, 34 Jahre alt.	<b>Franz Förner, Dresden</b> Wasserwerksarbeiter † 28. 10. 1910, 41 Jahre alt.

**Jakob Kernerleber, Mannheim**

Gestorben am 29. Oktober 1910 im Alter von 64 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!